

**Unverkäufliche Leseprobe**



**Bastian Matteo Scianna**  
**Sonderzug nach Moskau**

Geschichte der deutschen Russlandpolitik seit 1990

2024. Rund 720 S., mit 10 Abbildungen  
ISBN 978-3-406-82210-0

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<https://www.chbeck.de/36959132>

© Verlag C.H.Beck oHG, München  
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.  
Sie können gerne darauf verlinken.

BASTIAN MATTEO SCIANNA

SONDERZUG  
nach MOSKAU



BASTIAN MATTEO SCIANNA

# SONDERZUG nach MOSKAU

Geschichte der deutschen  
Russlandpolitik seit 1990

C.H.BECK

Mit 3 Karten von Peter Palm, Berlin

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2024

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses  
Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

[www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)

Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg

Umschlagabbildungen oben: links: Helmut Kohl und Boris Jelzin  
am 09.06.1998 in Bonn. Foto: © picture alliance; rechts: Gerhard Schröder  
mit Wladimir Putin im Deutschen Bundestag am 25.09.2001.

Foto © ullstein bild – phalanx Fotoagentur

Umschlagabbildungen unten: links: Dmitri Medwedew und Angela Merkel  
am 19.07.2011 in den Herrenhäuser Gärten in Hannover bei den  
Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen. Foto: © Caroline Seidel dpa/lni;  
rechts: Frank-Walter Steinmeier begrüßt Sergej Lawrow während des  
OSZE Ministerrats in Hamburg, 08–09.12.2016,

Foto: © picture alliance/Sven Simon | Malte Ossowski/SVEN SIMON

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 82210 0



verantwortungsbewusst produziert

[www.chbeck.de/nachhaltig](http://www.chbeck.de/nachhaltig)

*Für Olga und Alessia*



# Inhalt

Einleitung 11

Mythos Ostpolitik 19

Taugoggen, Rapallo und der Hitler-Stalin-Pakt 19 Westbindung und Neue Ostpolitik 26

## Teil I:

### Die Ära Kohl. Auf der Suche nach Stabilität in einem Europa vieler Zeitenwenden (1989–1998)

1. Helmut Kohl und die Sowjetunion 37

2. Die deutsche Einheit und der Zusammenbruch der Sowjetunion  
(1990/91) 43

Jahr der Instabilität 54 Enter Jelzin 62 Die EG/EU- und NATO-Erweiterungen 66 Goodbye Gorbatschow 72

3. Jelzins neues Russland? (1992/93) 76

Die Zukunft im Baltikum 81 Besuchsdiplomatie und Denkschriften 84 Krisen und Brände an der Peripherie (1993) 95 Die Innere Lage Russlands 100

4. Das Ende des Tauwetters: Die NATO-Osterweiterung, Jelzins Autoritarismus und Tschetschenien (1993–1998) 108

Die NATO-Osterweiterung 109 Der Krieg in Tschetschenien 118 Keine Reformer, sondern Klagen und Drohungen 125 Einbindung trotz Entfremdung 128 Das «Supermächtewahljahr» 1996 133 Wachsender Unmut und die Erweiterung der NATO 142 Außer Spesen nichts gewesen? Krisen und Konflikte im letzten Amtsjahr Kohls 149



**Teil II:**  
**Die rot-grünen Jahre. Handel ohne Wandel**  
**(1998–2005)**

1. Der kurze Draht nach Osten. Gerhard Schröder zwischen West- und Ostpolitik vor 1998 163  
Weltpolitiker in Niedersachsen 168
2. Holpriger Start (1998–2000) 172  
Kosovo 178 Unterkühlter Beginn 182 Eine europäische Russlandpolitik? 186 Enter Putin 190 Tschetschenien 193 Erste Warnsignale 200
3. Neue Herzlichkeit (2000/01) 205  
Die Annäherung 205 Der 11. September 2001 und das folgende Tauwetter 211 Die amerikanischen Raketenabwehrpläne und die nächste NATO-Erweiterung 219
4. Die ostpolitische Dimension des Irak-Krieges 227  
Die deutsche Haltung: vorauseilendes Veto ohne Vetomacht 230 Putins Irakpolitik und Konvergenzen mit Berlin 236 Schlüsseljahr 2003: Europäische Spaltung – neue Troika 242 Die Folgen des Irak-Krieges 248
5. Handel ohne Wandel (2002–2005) 253  
Bilaterale oder europäische Russlandpolitik? 2003/04 256 Kritik an der Schröder'schen Russlandpolitik 260 Die OSZE, die neue Nachbarschaftspolitik und die Farbenrevolutionen 263 Regierungswechsel und Status quo am Ende der rot-grünen Jahre 268 Nord Stream 272

**Teil III:**  
**Die Ära Merkel/Steinmeier.**  
**Führung ohne Abschreckung oder Eindämmung**  
**(2005–2021)**

1. Prägungen auf dem Weg ins Kanzleramt 277  
Die «russische» Kanzlerin? 278 Die Oppositionsführerin (2002–2005) 283
2. Jahre zunehmender Spannungen (2005–2007) 289  
Außenpolitik in der Ära Merkel 289 Ambivalente Anfänge 294 Europäi-  
sierte Russlandpolitik 303 Putins Paukenschlag in München 309 Die  
deutsche EU-Ratspräsidentschaft 313
3. Das Krisenjahr 2008 und die Folgen 321  
Die Unabhängigkeit des Kosovo 323 Vor dem Gipfel in Bukarest 326 Die  
Ausgangslage 329 Entscheidung in Bukarest 338 Eine Urkatastrophe? 344  
Der russisch-georgische Konflikt 346 Der «Steinmeier-Plan»: ein vergesse-  
ner diplomatischer Versuch 349 Krieg im Kaukasus 354 Die Lotsin geht  
an Bord 358 Kurswechsel des Westens? 363 Neustart nach der Krise? Die  
Reaktion der EU 371 Die neue Energiepolitik der EU 378
4. Neubeginn oder Kalter Frieden? Jahre des Übergangs  
(2009–2013) 385  
Tauwetter und neue Sicherheitsstrategien? (2009–2010) 385 Eine schwarz-  
gelbe Russlandpolitik? 392 Die Meseberg-Initiative 398 Der Arabische  
Frühling und die Krise in Russland (2011/12) 403 «Deutsch-russische Eis-  
zeit» (2012/13) 406
5. Zäsur ohne Zeitenwende (2014/15) 411  
Das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen und der Euro-Maidan 412 Die  
Annexion der Krim und die Reaktion des Westens 421 Die Eskalation im  
Osten der Ukraine, Frühling 2014 430 Krisensommer 438 Minsk I 441  
Deutsche Debatten 447 Auf dem Weg zu Minsk II 452 Die Woche der  
Wahrheit, 5.–12. Februar 2015 455 Minsk II 462 Neue Wege und neue  
Krisen 467

6. Nord Stream 2: der Spaltpilz 474  
Auswirkungen auf die Ukraine und die EU 478 Ein explosives Projekt? 484
7. Bewegung oder Starre? (2016–2021) 489  
Neue diplomatische Versuche 489 Trump, Macron und die Russlandsanktionen 494 Multiple Stresstests: Morde, Zölle und eine wankende Supermacht (2018) 503 Zwist im Westen, neue Bedrohungen und kleine Lichtblicke 508 Der vergessene Gas-Deal 515 Bündnis mit Biden? 524 Die deutsch-amerikanische Einigung im Juli 2021 533

#### **Teil IV:**

#### **Der Blick in den Abgrund (2021/22)**

Neuer Kanzler, alte Sorgen 541 Countdown zum Krieg 544 Auftakt zur Zeitenwende 552

#### **Fazit:**

#### **Der entgleiste Sonderzug**

Die Kohl-Jahre: die geglückte Stabilisierung Osteuropas 558 Der «deutsche Weg» mit und über Moskau unter Gerhard Schröder 559 Führung ohne Eindämmung: Russlandpolitik in der Ära Merkel/Steinmeier 561 Utopie der Verflechtung ohne Rückversicherung 566 Appeasement oder Abschreckung? 570

Dank 579

Abkürzungsverzeichnis 581

Anmerkungen 583

Karten 711

Personenregister 717

Ein vollständiges Quellen- und Literaturverzeichnis ist zu finden unter [www.chbeck.de/Scianna\\_Sonderzug-nach-Moskau](http://www.chbeck.de/Scianna_Sonderzug-nach-Moskau)

## Einleitung

Ein Eierlikör ging noch. Im Dezember 2004 saßen im Hamburger Hotel «Atlantic» zu später Stunde drei Männer in trauter Runde beisammen: der deutsche Bundeskanzler, ein bekannter Sänger und der russische Präsident. Gerhard Schröder, Udo Lindenberg und Wladimir Putin waren bestens gelaunt.<sup>1</sup> Sie tranken und lachten. Schröder und Putin – bis heute unzertrennlich. Lindenberg ist auch ein enger Freund Schröders, der bei Hochzeiten und Geburtstagen stets zugegen war.<sup>2</sup> Er wurde in die Kulturdiplomatie eingebunden, sollte beim Aufbau des deutsch-russischen Jugendwerkes mitwirken und verteidigte Putin nach der völkerrechtswidrigen Krim-Annexion 2014 gegen Kritik.<sup>3</sup> Lindenberg besang einst den Sonderzug nach Pankow, doch in der wechselvollen deutsch-russischen Geschichte führen häufig auch andere Sonderzüge.

1917 gelangte Lenin aus seinem schweizerischen Exil über das Gebiet des Deutschen Kaiserreiches nach St. Petersburg und trat dort die Russische Revolution los. 1945 kam Stalin mit dem Zug nach Potsdam, um über das Schicksal des im Zweiten Weltkrieg besiegten Deutschlands zu entscheiden. 1955 fuhren Teile der bundesdeutschen Delegation mit einem Sonderzug nach Moskau, um die Beziehungen zur UdSSR zu normalisieren und die letzten 10 000 Kriegsgefangenen aus sowjetischen Lagern freizubekommen.<sup>4</sup> 1970 fuhr die junge DDR-Schülerin Angela Kasner mit dem «Zug der Freundschaft» nach Moskau – 2005 wurde sie deutsche Bundeskanzlerin. 2011 eröffnete die neue Direktverbindung Paris-Berlin-Moskau, auf der fünfmal pro Woche ein Sonderzug verkehrte. Seit der Völlinvasion Russlands am 24. Februar 2022 müssen westliche Besucher mit Sonderzügen in das von Bomben und Raketen heimgesuchte Kyjiw fahren.

Während des Kalten Krieges und nach 1991 waren die deutschen Beziehungen nach Moskau immer etwas Besonderes – wie ein Sonderzug der Definition nach eben auch. Das Land war zu wichtig, um es wie jedes andere zu behandeln. Ihm einfach den Rücken zudrehen? Undenkbar. Auf irgendeine Art und Weise musste man Russland besondere Aufmerksamkeit

schenken, egal wie man die dortige innenpolitische Lage und das außenpolitische Verhalten des Kremls beurteilt. Doch spätestens seit dem 24. Februar 2022 steht die deutsche Russlandpolitik auf dem Prüfstand – war man auf einen Sonderweg abgeglitten? Der russische Angriff auf die Ukraine, der eine Fortsetzung des Krieges von 2014 ist, bricht erneut das Völkerrecht. Die europäische Sicherheitsarchitektur liegt ebenso in Trümmern wie die einst blühenden ukrainischen Städte. Die Hoffnung eines Wandels durch Annäherung und Verflechtung, die Erwartungen an die «Modernisierungspartnerschaft», der Glaube an ein friedliches und demokratisches Russland – nichts davon ist eingetreten. Das alte deutsche Mantra, wonach Frieden und Sicherheit in Europa nur *mit* und nicht *gegen* Russland möglich sei, musste ad acta gelegt werden. Im Zuge dieses Bewusstseinswandels sind immer wieder Forderungen nach einer «Aufarbeitung» vorgetragen worden – die oft wieder verpufften. Wo sind die Forschungscluster oder fächerübergreifenden Drittmittelprojekte, die die deutsche Russlandpolitik in all ihren Facetten untersuchen und europäisch vergleichen? Es gibt sie nicht. Eine systematische wissenschaftliche Erforschung deutscher Außenpolitik findet trotz Zeitenwende weiterhin nur in geringem Maße statt. Eine «Aufarbeitung» soll die folgende Darstellung nicht sein, denn sie ist keine Schuldsuche oder Verurteilung einzelner Politiker. Vielmehr soll der erste Versuch einer wissenschaftlichen Vermessung der deutschen Russlandpolitik seit 1990 unternommen werden. Sie ist überfällig.

Bislang stechen drei Bücher aus der Feder von Journalisten hervor. Jörg Himmelreich betont in der *Russland-Illusion* die falschen Grundannahmen der deutschen Russlandpolitik und das Festhalten an eben jenen, trotz der Entwicklungen in Russland.<sup>5</sup> Thomas Urban hat vor allem die fehlende Beachtung der Ostmitteleuropäer kritisiert.<sup>6</sup> Die *Moskau-Connection* von Reinhard Bingener und Markus Wehner veranschaulichte auf eindrucksvolle Art und Weise den Einfluss informeller Netzwerke und die Verknüpfung zwischen Landes-, Partei-, Außen- und Wirtschaftspolitik.<sup>7</sup> Daraus ging deutlich hervor, dass es zumindest für diesen Kreis keine Illusion war, sondern eine bewusste Hinwendung zu Russland. Daneben traten zwar eine Vielzahl von Veröffentlichungen über Russland, aber nur wenige, meist kürzere Aufsätze über die deutsche Russlandpolitik.<sup>8</sup> Darstellungen, die auch die deutsche Politik gegenüber Polen, dem Baltikum oder der Ukraine detailliert nachzeichnen, liegen fast gar nicht vor. Der erhobene Vorwurf

einer «Russlandfixiertheit der deutschen Außenpolitik»<sup>9</sup> scheint auch Folgen für die Wissenschaft gezeitigt zu haben.

Die bisherige Debatte wurde als «ahistorisch und lückenhaft»<sup>10</sup> bezeichnet. Sie gleicht vor allem im öffentlichen Raum in Teilen einer nachträglichen «Abrechnung» mit Angela Merkel oder einer beinahe boulevardhaften Befassung mit Gerhard Schröder. Der Politologe Andreas Heinemann-Grüder hat bereits festgestellt, dass die ersten Versuche einer Deutung nicht als wohlfeile Kritik aus der Gegenwart daher kommen, sondern Leerstellen identifizieren und Lehren ziehen sollten.<sup>11</sup> Oder wie Wolfgang Schäuble es in seinen Erinnerungen eher undiplomatisch ausdrückte: «Im Nachhinein unbedingt besser zu wissen, wie politisch hätte gehandelt werden können, gehört zu der Form von Klugscheißerei, die schon im Privaten nur schwer erträglich ist. Dass in der Vergangenheit nicht alles richtig gemacht wurde, ist offensichtlich. Ein anklagender Moralismus bleibt jedoch im Ausblenden aller Zeitumstände unhistorisch und ist dadurch oft selbstgerecht.»<sup>12</sup> Trotz der Empörung und Wut über Putin, trotz der russischen Verbrechen und trotz aller Sympathie für die Ukraine, muss ein objektiver Blick auf die deutsche Russlandpolitik geworfen werden. Eine wissenschaftliche Analyse muss ohne konstruierte Pfadabhängigkeiten, ohne Aktivismus und ohne teleologische Argumentationsmuster durch einen (Rück-)Blick durch das Prisma des 24. Februar 2022 auskommen. Es muss kontextualisiert und verglichen werden. Das Ziel ist, politische Entscheidungen auf Basis des damaligen Kenntnisstandes zu erklären und zu verstehen, nicht pauschal zu verurteilen. Schon vor der russischen Völlinvasion in der Ukraine plädierte der Historiker Stefan Kreuzberger dafür, sich auf die «Frage des Verstehens» einzulassen und bemängelte, wie «sehr in dieser öffentlichen Kontroverse die maßgeblichen historischen Bezugspunkte abhandengekommen sind».<sup>13</sup>

Russlandpolitik fand nie in einem luftleeren Raum statt, sondern muss im Gesamtkontext der deutschen Außen- und Innenpolitik betrachtet werden. Wie beeinflusste etwa der Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder die Finanzkrise den Umgang mit Russland? Welche Rolle spielten innenpolitische Determinanten, wie etwa die Haltung der Bevölkerung oder die Koalitionsarithmetik?

Zudem greift ein Blick nur auf die deutsche Russlandpolitik zu kurz: Die Beziehungen zu Russland fanden über den bilateralen Rahmen hinaus in

einem europäischen und transatlantischen Kontext statt. Wie gingen die Europäische Union (EU), die USA, Frankreich, Großbritannien, Polen oder Italien mit dem Kreml um? War die deutsche Russlandpolitik eher die Norm oder eine Ausnahme? Wann beschritt man einen Sonderweg? Die Europäisierung der deutschen Russlandpolitik und das Wechselspiel der bilateralen mit der europäischen und transatlantischen Ebene ist der Schlüssel zum Verständnis der Entwicklungen der letzten 30 Jahre. Jeder Vergleich schärft den Blick auf den deutschen Fall, ohne dadurch unkritisch zu sein.

Eine Betrachtung der «Ostpolitik» bedingt ebenso eine Analyse der «Westpolitik». Wie wirkten sich die verschiedenen Formen des Anti-Amerikanismus und der NATO-Skepsis auf die Beziehungen nach Moskau aus? Es muss daher, wie der Politikwissenschaftler Joachim Krause bereits festgestellt hat, die «Bündnispolitik» einbezogen werden, also wie die Russlandpolitik das deutsche Verhalten im Verbund der EU und der NATO beeinflusst und übergeordnete bündnispolitische Interessen ausbalanciert oder gar geschadet haben könnte.<sup>14</sup> Damit werden auch gleich einige begriffliche Schwierigkeiten deutlich. Ostpolitik schloss während des Kalten Krieges immer auch den Umgang mit den anderen Staaten des sozialistischen Lagers ein. Durch den EU- und NATO-Beitritt vieler dieser Länder, ist der Begriff irreführend, wengleich von einer Ostpolitik in Bezug auf Belarus, Moldau, die Ukraine, Russland und eventuell sogar gegenüber dem Kaukasus gesprochen werden könnte. Die deutsche Russlandpolitik steht im Vordergrund dieser Studie, wird aber in das westliche Handeln gegenüber dem gesamten post-sowjetischen Raum eingebettet.

Der Aufbau dieses Buches ist chronologisch und orientiert sich an den Kanzlerschaften von Helmut Kohl (bis 1998), Gerhard Schröder (1998–2005), Angela Merkel (2005–2021) und blickt auf die ersten Monate unter Olaf Scholz bis zum Februar 2022. Diese Arbeit kann nicht alle Faktoren deutscher Außenpolitik berücksichtigen. Sie kann einige Punkte nur anreißen. Sie ist allein aufgrund der zeitlichen Nähe zum Untersuchungsgegenstand am ehesten ein wissenschaftlicher «Zwischenbericht».<sup>15</sup> Im Laufe des Schreibprozesses sind unzählige Forschungsdesiderate aufgetreten. Im Folgen wird daher versucht, auch wirtschaftliche Fragen einzubauen und auf den Einfluss der Interessengruppen hinzuweisen. Ebenso kann keine detaillierte Auswertung der Medien, der öffentlichen und veröffentlichten



Meinung oder der Denkfabriken erfolgen. Die Parteebene wird ebenso berücksichtigt, aber der Schwerpunkt der folgenden Darstellung ist das Regierungshandeln. Dabei soll folgenden Leitfragen nachgegangen werden: Welche Ziele verfolgte die deutsche Russlandpolitik? War man naiv oder gab man sich wider besseres Wissen Illusionen hin? Besaß man einen «Plan B»? Wie sollte man Russland einbinden, wenn es offensichtlich nicht in die bestehende Ordnung eingebunden werden wollte und sie vielmehr mit Füßen trat? Welche Wegmarken oder Wendepunkte gab es und welche Rolle nahm die Bundesrepublik im westlichen Lager in Krisenzeiten ein? Welche Warnzeichen ignorierte man? Hatte Deutschland besondere Beziehungen nach Moskau oder befand man sich phasenweise auf einem Sonderweg?

Eine Kernthese lautet: Die deutsche Russlandpolitik unter Kohl, Schröder und Merkel bewegte sich im Mainstream der Gesellschaft, sie folgte deutschen Interessen mit unterschiedlichen Prioritäten, die die jeweiligen Kanzler bzw. die Kanzlerin setzten. Keineswegs war Naivität die Mutter der Porzellankiste: Kohl und Merkel haben sich nie Illusionen hinsichtlich der kurz- und mittelfristigen Entwicklung Russlands hingegeben. Man verfolgte deutsche und teils europäische Interessen, ohne jedoch eine Abschreckungs- oder Eindämmungspolitik gegenüber einem immer aggressiver auftretenden Russland ins Kalkül einzubeziehen. Die eigene militärische Abwehrbereitschaft wurde sträflich vernachlässigt: Man folgte weitgehend einer Utopie der Verflechtung, in der ein etwaiger kriegerischer Konflikt ausgeblendet wurde. Zugleich ging man selbstbewusst deutschen Interessen nach. Die Bundesrepublik fuhr eine Einbindungspolitik, wie andere Staaten auch. Der Westen entwickelte insgesamt keine kohärente Eindämmungs- oder Abschreckungspolitik gegenüber Putin in Bezug auf die Ukraine, die seine Kalkulation eines Angriffes vielleicht hätte beeinflussen können.<sup>16</sup> Die aufgestockte Vornepräsenz an der NATO-Ostflanke diente der Abschreckung vor einem Angriff auf NATO-Gebiet und zielte auch eher gegen Intentionen als gegen russische Fähigkeiten ab, denn die stationierten Verbände hatten letztlich nur symbolischen Charakter. Doch manchmal kam es zu Sonderwegen: zum Beispiel bei Nord Stream 2 oder Schröders enger persönlicher Bindung an Putin.

Deutschland «kann» also Interessenpolitik, doch mit welchem Ergebnis? War der Pfad in den aggressiven Revisionismus, der in der Vollinvasion der Ukraine mündete, «abzusehen», wie es heute oft heißt und was wären mehr-



heitsfähige – in der Regierung, Bevölkerung und im westlichen Bündnis – Alternativen gewesen? Wie hätte ein neuer Kurs aussehen müssen? Welche Entwicklungen wurden vorhergesehen und wie wurden sie eingeschätzt? Diese Fragen sollen mithilfe von vielen erstmalig zugänglichen Quellen beantwortet werden.

Wie schreibt man «gegenwartsnahe Zeitgeschichte», fragte sich schon Edgar Wolfrum in seiner Pionierarbeit über die rot-grünen Regierungsjahre.<sup>17</sup> Die meisten staatlichen Akten unterliegen einer Schutzfrist von 30 Jahren. Zeitungsberichte, Memoiren, Reden und Zeitzeugeninterviews können dies nur zu einem Teil ersetzen. Mit dankenswerter Hilfe konnten für dieses Buch erstmals neue Akten freigelegt werden.

Nach fast einem Jahr Wartezeit gewährte das Bundeskanzleramt eine Schutzfristverkürzung für die Bestände zur deutschen Russlandpolitik bis 1998. Die Akten der rot-grünen Jahre (1998–2003) wurden durch das Bundeskanzleramt «ohne Begründung» versagt. Ebenso wurden keine Bestände des Bundeskanzleramtes zur NATO-Osterweiterung zugänglich gemacht. Als weitere Quellen wurden die Archive der parteinahen Stiftungen benutzt. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) gewährte erstmals Einblicke in die Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der ersten Amtszeit Angela Merkels als Bundeskanzlerin (2005–2009). Von ihrem Wert als historische Quelle können diese Wortprotokolle gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.<sup>18</sup> Aus dem Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) und dem Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) wurden ebenfalls Quellen herangezogen.

Um die Politik der bedeutendsten (west-)europäischen Staaten und der USA sowie deren Sicht auf die deutsche Russlandpolitik darzustellen, wurde auf verschiedene ausländische Archive zurückgegriffen. Die George H. W. Bush Presidential Library und die William J. Clinton Presidential Library haben viele Akten bis ins Jahr 2000 freigegeben. In Großbritannien konnten die Bestände des British National Archives (TNA) bis 2002 herangezogen werden, wodurch zum Beispiel Wortprotokolle der Gespräche mit Gerhard Schröder, erstmalig verwendet werden können. Aus Frankreich flossen Akten der 1990er Jahre ein, die erst unlängst freigegeben wurden.

Als Historiker profitiert man zudem von einem Datendiebstahl ungeheuren Ausmaßes. Die Wikileaks-Plattform veröffentlichte im November 2010 mehr als 250 000 Berichte aus US-Botschaften in der ganzen Welt, die

seitdem in der sogenannten Public Library of US Diplomacy (PLUSD) zugänglich sind. Diese Berichte deckten einen breiten Zeitraum ab: von 1966 bis 2010. Über die Hälfte der Dokumente stammen aus den Jahren 2005 bis 2010.<sup>19</sup> Wenngleich diese primär zur Analyse der US-Außenpolitik in den 2000er Jahren eine unschätzbare Quelle darstellen, so geben sie doch auch Auskunft über die Ansichten anderer Staaten. Was besprachen zum Beispiel die Polen mit dem US-Botschafter in Warschau nach einem Besuch der Bundeskanzlerin hinter verschlossenen Türen? Die Wikileaks-Akten geben hierauf Antworten, doch sie sind bisher erstaunlich selten benutzt worden.<sup>20</sup> Für die Zeit nach 2010 ist die Quellenlage sehr schwierig. Hier musste weitgehend auf die bestehende Sekundärliteratur, Zeitungsberichte und Zeitzeugengespräche zurückgegriffen werden. Dies verdeutlicht erneut, wie sehr Geschichte und Gegenwart in dieser Darstellung miteinander in Kontakt kommen – ebenso wie dies für die gängigen Mythen über die deutsche Ostpolitik der Fall ist.



# Mythos Ostpolitik

## Tauroggen, Rapallo und der Hitler-Stalin-Pakt

Der deutsche Blick auf Russland war und ist sehr oft emotional: ein Wechselspiel aus Bewunderung und Ablehnung, aus Überhöhung und Mythologisierung, etwa der vielbeschworenen «russischen Seele».<sup>1</sup> Dies ist keine deutsche Eigenart. In Frankreich redet man einer angeblich historisch begründeten Partnerschaft ebenso das Wort, wie einem «europäischen» Russland, das zugleich Nachbar, unbesiegbare Hüne und Hüter «traditioneller Werte» sei.<sup>2</sup> Man gedenkt der Allianz von 1892, der Waffenbrüderschaft in zwei Weltkriegen und der Sonderbeziehung mit Serbien. Diese Mythen verstellten und verstellen einen realistischeren Blick auf Russland und müssen im Zusammenhang mit der französischen Suche nach verlorener *Grandeur*, einer tiefsitzenden Skepsis gegenüber den USA und der NATO, sowie dem Nacheifern der «unabhängigen» Außenpolitik Charles De Gaulles gesehen werden. In den USA herrschte seit dem 19. Jahrhundert oftmals ein teils missionarischer Eifer, um das zarische Russland oder die Sowjetunion zu «befreien». Die Beschreibung des US-Präsidenten Ronald Reagan der UdSSR als «Evil Empire» war somit nur Sinnbild einer längeren Entwicklung, mit der die Vereinigten Staaten sich auch ihrer eigenen «historischen Aufgabe» versicherten.<sup>3</sup>

Der deutsche Umgang mit Russland ist von Chiffren überlagert, die ganz unterschiedlich ausgelegt und gedeutet worden sind. Für die Sicht auf Deutschland sind sie oftmals entscheidend. Zumal in den Ländern zwischen Deutschland und Russland die historische Erinnerung einen wichtigen Einfluss auf die Tagespolitik haben konnte.<sup>4</sup> Es muss zunächst ein kurzer Blick auf diese Mythen geworfen werden: Tauroggen, Rapallo, der Molotow-Ribbentrop-Pakt und die Neue Ostpolitik.

Die deutsch-russischen Beziehungen waren bereits verflochten und wechselseitig, als es noch keinen deutschen Nationalstaat, sondern viele Kleinstaaten gab. In Russland erkannte man in ihnen höchstens Juniorpartner, mit

denen die Romanow-Familie dynastisch eng verbunden war. Im 18. Jahrhundert setzte eine Modernisierung Russlands auch durch «deutsche» Hilfe ein. Peter der Große und Katharina die Große waren teils Gegner und teils Partner des Königreichs Preußen – etwa bei den Teilungen Polens. Diese Ambivalenz zeigte sich auch während der Napoleonischen Kriege. Preußen war nach der schmerzlichen Niederlage von 1806/07 nun seit Februar 1812 in einem Bündnis mit Frankreich. Der König versprach Napoleon, die Hälfte seiner Soldaten für den Russlandfeldzug abzustellen. Als die *Grande Armée* sich in klirrender Kälte geschlagen und verlustreich zurückzog, und die Russen den preußischen General Johann Graf Yorck von Wartenburg wiederholt zum Bündniswechsel drängten, gab er ohne den Segen seines Königs nach. Am 30. Dezember 1812 verbriefte die Konvention von Tauroggen einen Waffenstillstand zwischen den preußischen und russischen Truppen, der bald in einer Allianz gegen Frankreich mündete. Die deutsch-russischen Bande zeigten sich auch 1830/31 und 1863, als Preußen dem Zarenreich bei der Unterdrückung polnischer Freiheitsbestrebungen half.

Der Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871 schaute Russland teils mit wohlwollender Neutralität zu und blickte danach doch missbilligend auf die neue Macht in der Mitte des Kontinents. Otto von Bismarck wollte einen guten Draht nach Russland, aber band sich nie einseitig an das Zarenreich oder aufgrund ideologischer Affinität.<sup>5</sup> Die dynastischen Verbindungen der Hohenzollern und Romanows spielten für ihn eine untergeordnete Rolle, während Kaiser Wilhelm I. auf seinem Totenbett noch mahnend gefordert haben soll: «Lasset mir den Draht nach Russland nicht abreißen!»<sup>6</sup> Nach dem Auslaufen des 1873 geschlossenen Dreikaiserabkommens mit Österreich-Ungarn, forcierte Bismarck 1887 den Rückversicherungsvertrag mit dem Zaren: Bei einem unprovokierten Angriff einer dritten Macht sollten die Vertragspartner neutral bleiben. So wollte Bismarck einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und das zarische Imperium verhindern. Nach dem Abdanken Bismarcks 1890 setzten Veränderungen ein. Das Zarenreich schloss 1892 eine Allianz mit Frankreich, die später um England erweitert wurde. Ein bereits abgesprochenes Defensivbündnis zwischen Kaiser und Zar platzte 1905, obgleich der Handel zunahm und eine Art erste wirtschaftliche «Modernisierungspartnerschaft» bestand.<sup>7</sup>

Im Deutschen Kaiserreich herrschte im öffentlichen Diskurs ein teils «kolonialer Blick gen Osten».<sup>8</sup> Russophilie und Anti-Slawismus existierten

nebeneinander. Eine engere Bindung an Russland schien immer wieder als Alternative zu einer Westorientierung hervor – ein vielschichtiger «Russland-Komplex» beeinflusste außenpolitisches, kulturelles und wirtschaftliches Denken.<sup>9</sup> Im 20. Jahrhundert waren die bilateralen Beziehungen geprägt von «Revolution und Umbruch, durch Terror und Gewalt sowie Abgrenzung und Verständigung» und hatten großen Einfluss auf die europäische und internationale Ordnung.<sup>10</sup> Im Ersten Weltkrieg kämpften beide Imperien bis 1917 gegeneinander – eine weitgehend «vergessene Front», die die Gefahren einer Entgrenzung des Krieges zeigte.<sup>11</sup> In Berlin wollte man das zarische Vielvölkerreich auch durch die Förderung nationaler Ambitionen etwa der Balten, Ukrainer und Polen ins Wanken bringen. Dann kam in Russland die Revolution – dank Wladimir Iljitsch Lenin, der mit deutscher Hilfe in einem Sonderzug aus der neutralen Schweiz quer durch das Kaiserreich – und auch Schweden und Finnland – fahren durfte und mit deutschen Hilfsgeldern die Romanows stürzte.<sup>12</sup> In Brest-Litowsk diktierte das Kaiserreich den Bolschewiki im März 1918 einen harschen Frieden und stärkte damit die eigene Machtposition in Ostmitteleuropa: Russland musste auf Polen sowie Gebiete der Ukraine und des Baltikums verzichten.<sup>13</sup> Grenzen wurden neu gezogen, einer oft brutalen Besatzungsherrschaft folgte nach dem Krieg die millionenfache Flucht und noch mehr blutige Konflikte. Ein weiteres Beispiel, wie oft deutsch-russische Entscheidungen das Schicksal in «Zwischeneuropa» beeinflussten. Die Bolschewiki konnten durch den Friedensschluss jedoch ihre Macht sichern und sich im Russischen Bürgerkrieg, auch gegen ausländische Interventionsversuche, behaupten. Durch die Russische Revolution und die deutsche Niederlage im November 1918 waren beide Länder geschwächte und geächtete Außenseiter – und Gegner des Versailler Systems.

Von den wirtschaftlichen Krisen hart getroffen und als größte Verlierer des Krieges noch weitgehend außenpolitisch isoliert, fanden das neue Deutschland in Form der Weimarer Republik und die Sowjetunion in einem pittoresken italienischen Kurort zueinander: Rapallo. In Morgenmänteln soll man am Ostersonntag 1922 den bilateralen Ausweg aus der Isolation besiegelt haben. Der Inhalt war nicht bahnbrechend. Durch den Krieg entstandene Anspruchs- und Reparationsfragen wurden gelöst, offizielle diplomatische Beziehungen aufgenommen und neue Formen der wirtschaftlichen Kooperation beschlossen.<sup>14</sup> In Deutschland wurde Rapallo als

fairer Friedensvertrag betrachtet, mit dem man etwaigen westlich-sowjetischen Regelungen zuungunsten Deutschlands zuvorgekommen sei – man sah sich als Opfer und wollte es nicht weiter sein. Zeitgleich tagte nur einige Kilometer entfernt in Genua eine internationale Konferenz zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Probleme. Die Teilnehmer hatten sich Einigkeit und Vertrauen auf die Fahnen geschrieben. Deutsche und Russen gingen jedoch eigene Wege, was sofort kritisiert wurde und im Westen und in Ostmitteleuropa größte Ängste auslöste, obwohl z. B. Großbritannien bereits vorher einen wirtschaftlichen Kooperationsvertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet hatte.<sup>15</sup> Man fürchtete einen neuen deutsch-sowjetischen Machtblock bzw. ein (zu) mächtiges Deutschland durch ein Andocken Berlins an Moskau. Noch auf der Konferenz in Genua erhielt die deutsche Delegation eine Protestnote überreicht. Der Vorwurf? Deutschland kehre zur Geheimdiplomatie zurück und untergrabe die neue Ära einer vertrauensvollen Zusammenarbeit in der internationalen Politik.<sup>16</sup> Den westlichen Staaten ging es allerdings auch um handfeste Interessen: Der deutsche Verzicht auf die Rückzahlung der Schulden des Zarenreichs durch die sowjetischen Machthaber schuf einen Präzedenzfall, durch den die anderen Länder vermutlich ebenso leer ausgehen würden.<sup>17</sup>

Rapallo wurde aufgrund externer Zuschreibungen zu einem Mythos und griff zudem bereits existierende Elemente der «romantisch-mythisch verklärte[n] deutsch-russische[n] Vergangenheit» auf.<sup>18</sup> Es wurde, wie der Osteuropahistoriker Dietmar Neutatz bemerkt hat, entweder «der Geist von Rapallo» und eine «deutsch-russische Schicksalsgemeinschaft» positiv beschworen oder das «Gespenst von Rapallo» als abschreckende Mahnung vor einem deutschen Alleingang, «Unzuverlässigkeit deutscher Politik» oder anti-polnischer Politik beider Staaten herangezogen.<sup>19</sup> In der Sowjetunion wurde Rapallo zum Sinnbild der «friedlichen Koexistenz» – ein Begriff, der erstmals 1920 verwendet worden war.<sup>20</sup> In Ostmittel- und West-Europa tauchte das «Gespenst von Rapallo» bei vielen Einschnitten der deutschen Geschichte immer wieder auf und wurde zu einem «europäischen Erinnerungsort des 20. Jahrhunderts».<sup>21</sup> Rapallo wurde in Deutschland zu einem Gegenmythos zum Vertrag von Versailles – der als «ungerechter» Friede eine große Hypothek für die Weimarer Republik war und lange Zeit ein deutsches Trauma blieb.<sup>22</sup> Verkürzt gesagt, konnte der Friedensschluss mit Russland als gut, der mit den westlichen Mächten als schlecht dargestellt



werden. Der Rapallo-Mythos knüpfte an Tauroggen an und ebenso schwang die Hoffnung mit, dass Versailles ebenso wie die Niederlage im Friedensschluss von Tilsit 1807 bald durch einen Pakt mit Russland überwunden werden könnte.<sup>23</sup> War Rapallo der Startschuss für einen gemeinsamen strategischen Revisionismus Deutschlands und der Sowjetunion gegen die Versailler Ordnung?

Diese Auslegung ginge zu weit. Rapallo blieb ein taktischer Zug, ein «reines Zweckbündnis».<sup>24</sup> Der Vertrag diente primär als Hebel für mehr außenpolitische Handlungsfreiheit und Wiedererlangung einer Großmachtstellung. Die Weimarer Republik betrieb hiernach eine weitgehend auf Ausgleich mit den Westmächten zielende Außenpolitik, in der die Sowjetunion, trotz geheimer militärischer Zusammenarbeit und «hochgradig politisierter» wirtschaftlicher Beziehungen in den kommenden Jahren, keine Priorität besaß.<sup>25</sup> Symbolisch für die Westbindung stand das Jahr 1925: mit dem Vertrag von Locarno, in dem der territoriale Status Quo (im Westen) und ein Gewaltverzicht erklärt wurde. Deutschland strebte mit einer friedlichen Verständigungspolitik nach der Revision von Versailles und es begann eine Phase der Entspannung, der internationalen Kooperation und der kollektiven Sicherheit.<sup>26</sup> Dennoch schloss man im Folgejahr den Berliner Vertrag mit der Sowjetunion, der eine Nicht-Teilnahme an einem Wirtschaftsboykott und eine Neutralität bei einem Angriff einer dritten Macht festlegte. Eine große Zeremonie fand nicht statt und inhaltlich gab es ebenfalls wenig Bahnbrechendes.<sup>27</sup> Es war kein neuer «Rückversicherungsvertrag» oder «Ost-Locarno», denn die Grenzfrage im Osten blieb ungeklärt.<sup>28</sup> Vielmehr wurde einer einseitigen Bindung an die Sowjetunion eine Absage erteilt und die diplomatischen Beziehungen zu Moskau blieben ambivalent.<sup>29</sup> Zudem trat Deutschland nur Monate später dem Völkerbund bei, was in der Sowjetunion auf wenig Gegenliebe stieß. Trotz enger Tuchfühlung mit Moskau, lag der außenpolitische Anker im Westen. Doch die Fahrwasser wurden im Zuge der Weltwirtschaftskrise unruhiger und mit der nationalsozialistischen Machtübernahme begann 1933 eine Ära des aggressiven Revisionismus, der in den Zweiten Weltkrieg mündete.

Die Zeichen standen auf Sturm. Die Verfolgung auch der deutschen Kommunisten sorgte für Verstimmungen mit der Sowjetunion, die lange auf ein baldiges Ende der NS-Herrschaft hoffte oder sich kooperationsbereit zeigte.<sup>30</sup> Hitler wollte aber nicht kooperieren und verhielt sich nach der



Machtsicherung im Innern auch außenpolitisch immer aggressiver. Das nationalsozialistische Deutschland trat aus dem Völkerbund aus, rüstete auf und brach im März 1936 durch den Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland die Verträge von Versailles und Locarno.<sup>31</sup> Der Machthunger war keineswegs gestillt, denn das langfristige Ziel war die gewaltsame Eroberung von «Lebensraum» im Osten. Die nächsten Expansionsschritte fanden daher in Ostmitteleuropa statt. Dem «Anschluss» Österreichs im März 1938 sollte die Zerschlagung der Tschechoslowakei folgen. Im September wurde in München diplomatisch ein großer Krieg verhindert – zu Lasten der Regierung in Prag und ohne das Beisein der Sowjets. Stalin war wie schon während des Spanischen Bürgerkrieges erneut überzeugt, der Westen werde nichts tun, um Hitler aufzuhalten und die Idee der «kollektiven Sicherheit» daher wertlos. Das Münchner Abkommen bleibt bis heute Chiffre einer Appeasement-Politik, die revisionistische Aggressoren nur zu weiterer Expansion animiert und über das Schicksal der kleineren (Opfer-) Staaten hinwegsieht.<sup>32</sup> Denn nur wenige Monate später zerschlug Hitler die «Rest-Tschechei» und brach im September 1939 den Zweiten Weltkrieg vom Zaun – anfangs mit Rückversicherung.

Im Sommer hatte sich ein diplomatischer Coup angebahnt. Der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 war ein Nichtangriffspakt und umfasste auch eine deutsch-sowjetische Aufteilung Ostmitteleuropas durch das sogenannte Geheime Zusatzprotokoll.<sup>33</sup> Hitler bannte vorerst die Gefahr eines Zweifrontenkrieges. Stalin beteiligte sich bereitwillig am Landraub. In Großbritannien und Frankreich war man geschockt und erkannte ein neuerliches Tauroggen und Rapallo.<sup>34</sup> Die Folgen des Geheimen Zusatzprotokolls waren unmittelbar: Nach der gemeinsamen Zerschlagung Polens attackierte die Sowjetunion Finnland und besetzte die baltischen Staaten und Teile Rumäniens.<sup>35</sup> In der Sowjetunion wurde das Geheime Zusatzprotokoll immer als Fälschung abgetan. Im heutigen Russland wird die Intention des Abkommens immer noch schöngeredet. In Polen spielt die Erinnerung an diesen «Teufelspakt» (Sebastian Haffner) eine große Rolle: Nie wieder möchte man machtlos oder von Bündnispartnern im Stich gelassen werden. Denn mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 brachen die beiden Erbfeinde Deutschland(-Österreich) und Russland Nichtangriffsverträge mit Polen und schafften den polnischen Staat ab. Sie lieferten damit den Auftakt zu weiteren Verbrechen während des Zweiten

Weltkrieges und teilten wie vereinbart Osteuropa (wie vor 1914) in Einflusszonen auf. Die Erinnerung an den 23. August 1939 muss im Gesamtkontext der polnischen Geschichte gesehen werden, in der der Verlust eigener Staatlichkeit durch die benachbarten Großmächte tiefe Spuren hinterlassen hat.<sup>36</sup> In dieser Lesart war der Pakt die vierte Teilung Polens nach 1772, 1793 und 1795. Eine gesamteuropäische Erinnerung an den Molotow-Ribbentrop-Pakt gibt es indes bis heute nicht.<sup>37</sup> Wenig später regelte der deutsch-sowjetische «Grenz- und Freundschaftsvertrag» die Unterdrückung jeglichen polnischen Aufbegehrens, die weitere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und forderte die Westmächte zur Beendigung des Krieges auf; von «sowjetischer Neutralität konnte angesichts solcher Absprachen keine Rede mehr sein», wie der Historiker Stefan Creuzberger betont.<sup>38</sup> In der Folge belieferten die Sowjets die Kriegsmaschinerie Hitlers und zielten dezidiert darauf ab, die «bilateralen Beziehungen über die Schaffung handelspolitischer Abhängigkeiten weiter zu fundieren, was gleichzeitig dem eigenen gesteigerten Sicherheitsbedürfnis dienen sollte».<sup>39</sup> Eine Politik, die man mit «Sicherheit durch Verflechtung» beschreiben könnte.

Der Hitler-Stalin-Pakt war ein Abkommen auf Zeit. Es war kein auf Vertrauen begründetes langfristiges Bündnis. Am 22. Juni 1941 beendete der deutsche Überfall auf die Sowjetunion die Hochphase des «Teufelpaktes». Es folgten ein weltanschaulicher Vernichtungskrieg, der in engem Zusammenhang mit der Shoa gesehen werden muss. Die deutschen Verbrechen hinterließen im Osten Europas tiefe Spuren. Nicht nur in der Sowjetunion und nicht nur unter den ethnischen Russen: die Entgrenzung der Gewalt traf alle Ethnien und Religionen, doch die sowjetische Herrschaft über Ostmitteleuropa nach 1945 lag wie Mehltau über einer differenzierten Erinnerungskultur. Der «Große Vaterländische Krieg» blieb in der UdSSR und auch in Russland ein gewichtiger historischer Referenzpunkt und der 22. Juni 1941 ein traumatischer Tag des Überfalls, der das Sicherheitsdenken beeinflusste. In Deutschland war die Erinnerung an den verlustreichen «Ostkrieg» tief im Gedächtnis der Nation eingebrannt. Er wurde während des Kalten Krieges politisch instrumentalisiert, wobei es auch zu verzerrten Opfernarrativen kam, etwa in Bezug auf die Schlacht von Stalingrad, die Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten oder die noch in sowjetischer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen.<sup>40</sup> Hinzu kam in der Nachkriegszeit die Furcht vor Vergeltung und auch später blieb Kriegsangst ein

wichtiges Element der deutschen Gesellschaft.<sup>41</sup> Denn aller Wiederaufbau war schwer.

Die Potsdamer Konferenz im August 1945 war entscheidend für die Nachkriegsordnung in Deutschland. Sie festigte allerdings tiefsitzende deutsche Ängste, alle Staaten könnten sich gegen einen verbünden und gar das eigene Staatsgebiet aufteilen.<sup>42</sup> In Osteuropa blieb die Konferenz von Jalta vom Februar 1945 stärker in Erinnerung. In der pittoresken Kurstadt auf der Krim tagten Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin. Die westlichen Alliierten handelten in der notgedrungenen Kriegsallianz weiter aus «Pragmatismus, nicht Prinzipientreue» und sanktionierten die Grenzziehungen des Hitler-Stalin-Paktes, da sie dem sowjetischen Diktator die Sicherung seiner Einflussphäre in Ostmittel- und Südosteuropa zugestanden, wo die Rote Armee immer weitere Landstriche eroberte.<sup>43</sup> Die Ostgrenze Polens wurde aufgrund sowjetischer Annexionen gen Westen verschoben. Vor allem Roosevelt wird bis heute ein Ausverkauf ostmitteleuropäischer Interessen vorgeworfen. Jalta wurde, wie das Münchner Abkommen 1938, zur Chiffre diplomatischer Niederlagen gegen Diktatoren, der Aufteilung von Interessenssphären der Großmächte und fruchtloser Versuche des Appeasements.<sup>44</sup> Tauroggen, Rapallo, Molotow-Ribbentrop, Jalta – all das spielte nach 1945 zunächst keine unmittelbare Rolle für die Ausgestaltung der deutschen Ostpolitik.

### Westbindung und Neue Ostpolitik

Die außenpolitische Bewegungsfreiheit der Bonner Republik war durch die begrenzte Souveränität eingeschränkt. Man musste kleine Brötchen backen, zumal bundesdeutsche Außenpolitik nach 1949 immer auch Aussöhnungs- und «Wiedergutmachungspolitik»<sup>45</sup> für die Verbrechen des Nationalsozialismus war und man Vertrauen in das neue Deutschland gewinnen musste.<sup>46</sup> Konrad Adenauer vertrat das «Kernstaat-Konzept» und die «Hallstein-Doktrin» untermalte den Alleinvertretungsanspruch.<sup>47</sup> Die Bundesrepublik, nicht die DDR, sollte der deutsche Staat sein. Adenauer wollte den Kernstaat im Westen verankern, dafür aufs Erste die Teilung hinnehmen und schrittweise wieder größere Souveränität und außenpolitische Handlungsfreiheit erlangen. Eine falsche Entspannungspolitik oder gar Neutralismus sollte es nicht geben. Die junge Bundesrepublik wurde fest in der

NATO und den europäischen Integrationsprojekten verankert – die Wiedervereinigung konnte, ja musste, warten. Westbindung *first*.

Die Ostpolitik Adenauers gegenüber der Sowjetunion, den Staaten des Warschauer Paktes und der DDR war zunächst zurückhaltend. Ostpolitik war aufgrund der deutschen Teilung immer auch Deutschlandpolitik: Die DDR war nicht nur eine Kriegstrophäe Stalins, sondern die erste Verteidigungslinie Moskaus und auf ihrem Boden standen fast eine halbe Million Rotarmisten. Die Bonner Ostpolitik war daher im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten immer *sui generis*: Frankreich oder Großbritannien waren weder geteilt noch unmittelbarer Frontstaat. Es sollte allerdings kein Sonderweg entstehen und keine deutsche Politik der Rückversicherung über Moskau verfolgt werden. Sowjetische Verlockungen einer Wiedervereinigung bei einer Neutralisierung Deutschlands lehnte Adenauer ab. Er erkannte immer wieder, welche Rolle «das Gespenst einer deutschen Schaukelpolitik, einer Rapallo-Politik, noch bei den Westmächten spielte».<sup>48</sup> Er vollzog daher einen «radikalen Schnitt» mit einer solchen Politik, die «ihre Spielräume gegenüber dem Westen mit einer Rückversicherung in den Osten» vergrößert hatte.<sup>49</sup> Rapallo-Ängste kamen immer mal wieder auf, doch letztlich war die Gefahr gebannt und die Situation eine gänzlich andere.<sup>50</sup> Durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR gelang es Adenauer 1955, mehr Handlungsfreiheit zu gewinnen, denn die Bundesrepublik war «nicht mehr länger nur Objekt sowjetischer Deutschlandpolitik, sondern avancierte (auch im Zuge ihrer wachsenden ökonomischen Bedeutung) zu einem selbstbewusst handelnden Subjekt».<sup>51</sup> Spätere Versuche der Annäherung und des Dialogs konnten hieran anknüpfen.

In den frühen 1960er Jahren gab es in der Ostpolitik weder einen revolutionären Wandel noch eine komplette Dauerstarre.<sup>52</sup> Nach der zweiten Berlin-Krise (1958 bis 1963) setzte ein Umdenken ein. Die Mauer stand. Die deutsche Teilung war in Beton gegossen. Eine rasche Wiedervereinigung zeichnete sich nicht ab. Die Rückerlangung der Ostgebiete lag noch in weiterer Ferne. Es begann eine zweite Phase bundesdeutscher Außenpolitik, die Hans-Peter Schwarz als die «Preisgabe des Kernstaatkonzeptes und Alleinvertretungsanspruches» bezeichnet hat.<sup>53</sup> Die vorsichtigen Versuche einer beweglicheren Ostpolitik, die in der CDU/CSU jedoch immer umstritten blieb,<sup>54</sup> zeigten sich auch in den wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und den sozialistischen Staaten.

Die USA führten bis 1958 eine wirtschaftliche Blockadepolitik gegen das sozialistische Lager, der sich ihre europäischen Partner, teils zähneknirschend, anschlossen.<sup>55</sup> Die westeuropäischen Handelsinteressen waren schlicht größer, der Austausch umfassender; doch die (außen-)politischen Argumente mussten den wirtschaftlichen übergeordnet werden. Bonn war in einer besonders schwierigen Lage, da man die Bande in die DDR nicht abreißen lassen wollte. Adenauer trug die Politik weitgehend mit, wohingegen das Wirtschaftsministerium deutsche Interessen voranstellte und die Bundesrepublik mit Paris und London den US-Wünschen teils entschlossen entgegentrat.<sup>56</sup> Bereits 1952 wurde der «Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft» gegründet, der somit an vorherige Traditionen anknüpfte und sich die Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten auf die Fahnen schrieb.<sup>57</sup> 1958 schloss die Bundesrepublik den ersten Handelsvertrag mit der Sowjetunion.<sup>58</sup> Ein Jahr später begann der Bau der «Druschba» (Freundschaft) Öl-Pipeline – der damals längsten der Welt. Für deren Bau benötigte man viele Röhren, deren Herstellung komplex war. Dies eröffnete westlichen – vor allem westdeutschen – Firmen lukrative Chancen. In den USA stieß so viel Austausch auf wenig Gegenliebe. Im November 1962 setzte Washington im Nordatlantikrat ein Röhren-Embargo durch. In Bonn musste man sich entscheiden: Bündnistreue beweisen oder das zarte Pflänzchen der Ostpolitik retten? Letztlich blieb keine Wahl. Adenauer schwenkte auf die US-Linie ein. Das Embargo half wenig: Die Sowjetunion baute die Röhren selbst und importierte weiterhin aus Schweden und Japan.<sup>59</sup> Die sich abzeichnende Entspannungs- und Annäherungspolitik wurde nach der Abwahl der Unionsparteien 1969 und der Etablierung der ersten sozial-liberalen Bundesregierung weiter intensiviert, konnte auf die erfolgte Westbindung aufbauen und fiel mit einem generellen Ost-West-Tauwetter in Europa in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zusammen.

Die *Neue Ostpolitik* fügte sich in das Bild einer realpolitischen Zurkenntnisnahme des Status quo.<sup>60</sup> Man bejubelte ihn nicht, doch man akzeptierte ihn als gegeben. Die Koalition aus SPD und FDP ging neue Wege, die Willy Brandt schon lange in West-Berlin gedanklich entwickelt und seit 1966 als Außenminister angebahnt hatte.<sup>61</sup> Die Neue Ostpolitik muss als ein Aspekt einer langfristigen Strategie und im Kontext der europäischen und transatlantischen Integrations- und Bündnispolitik gesehen werden. Sie sollte über Dialog einen Interessenausgleich erzielen, Spannungen abbauen und



basierte doch auch auf dem militärischen Abschreckungspotential der NATO. Die Bundesregierung turnte nicht ohne Netz, sondern hatte mit der NATO und der europäischen Integration einen doppelten Boden. Brandt wollte gemeinsam mit seinem Adlatus Egon Bahr einen «Wandel durch Annäherung» zu dem sozialistischen Lager, was über Moskau erreicht werden musste, aber natürlich auch auf die DDR abzielte, die ihrerseits trotz der Abhängigkeit vom Kreml nicht immer einfache Beziehungen nach Moskau pflegte und daher teils ganz eigene ostpolitische Probleme hatte.<sup>62</sup> Nach zähen Verhandlungen mit dem Kreml einigte man sich im Moskauer Vertrag 1970 auf eine Gewaltverzichtserklärung und eine De-facto-Anerkennung des seit 1945 in Osteuropa herrschenden territorialen Status quo, inklusive der deutschen Ostgrenze. Brandt vollzog damit ein «Ost-Locarno». Ein möglicher Revisionismus in Bezug auf die «Ostgebiete», wie nach dem Ersten Weltkrieg, war damit noch unwahrscheinlicher, die deutsche Frage jedoch weiter offengehalten worden. Mit den folgenden Ostverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei, gegen die weite Teile der CDU/CSU und der Vertriebenenverbände sturmliefen,<sup>63</sup> wurden auch dorthin diplomatische Beziehungen aufgenommen, der neue Annäherungskurs vertraglich festgezurrt und auch der Austausch mit der DDR intensiviert. Die Verträge bestätigten allerdings auch «die Ordnung von Jalta und Potsdam und damit die Dominanz der Sowjetunion über Mittel- und Osteuropa».<sup>64</sup>

Drohte ein neues Rapallo? Die Vorzeichen waren andere. Die Befürworter der Neuen Ostpolitik in Bonn versuchten solche Gespenster zu vertreiben. Die Sowjetunion wollte bewusst den Bogen zwischen 1970 und 1922 spannen und zog Rapallo wiederholt als Vorbild für eine «friedliche Koexistenz» heran, erkannte jedoch auch die Gefahren einer solchen Traditionslinie für das Gelingen der Entspannungspolitik.<sup>65</sup> Im Westen waren die Reaktionen auf die Neue Ostpolitik zwiegespalten.<sup>66</sup> Wie eng und wie gut die Neue Ostpolitik abgestimmt war, bleibt unter Historikern umstritten. Akute Sorgen vor einer deutschen Schaukelstuhlpolitik kamen nicht auf, aber blindes Vertrauen hatte man nicht, wenn Deutsche und Sowjets die Köpfe zusammensteckten. Dabei gingen einige Europäer im Zuge der allgemeinen Entspannungspolitik eigene ostpolitische Wege. Unter Charles De Gaulle näherte sich Frankreich an Moskau an.<sup>67</sup> Der General postulierte ein Europa vom «Atlantik bis zum Ural». Die Europäer sollten ihre Probleme unter sich regeln – ohne die USA. De Gaulle wollte seinem Land zu alter

Größe zurückverhelfen, baute Sonderbeziehungen mit dem Kreml auf, aber provozierte keinen Bruch mit den USA.<sup>68</sup>

Die sozial-liberale Koalition forcierte mit der Neuen Ostpolitik einen entscheidenden Tempowechsel in der Ost- und Deutschlandpolitik, wollte allerdings weder den Status quo im sozialistischen Machtbereich revolutionär verändern noch die Kontrolle der einzelnen Regime antasten.<sup>69</sup> Es ging um gesamteuropäische Sicherheit und Entspannung. Diese Interpretation erhält noch mehr Gewicht, wenn man über die Neue Ostpolitik hinaus blickt.

Denn sie korrelierte mit einer Hochphase der Entspannungspolitik zwischen Ost und West. In Helsinki wurde 1975 in der KSZE-Schlussakte die Unverletzlichkeit der Grenzen – aus sowjetischer Warte, die Bestätigung des territorialen Status quo in Osteuropa –, die friedliche Beilegung von Streitfällen, die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Achtung der Menschenrechte festgehalten. 35 Staaten aus Ost und West unterzeichneten die Schlussakte. Der KSZE-Prozess trug maßgeblich dazu bei, die Entspannungspolitik zu institutionalisieren, Freiheiten für die Bevölkerung jenseits des Eisernen Vorhanges zu sichern, Gesprächskanäle offenzuhalten und reichte über 1975 hinaus: Im November 1990 besiegelte die Charta von Paris eine neue Ära und die KSZE wurde sukzessive institutionalisiert und in die OSZE umgewandelt.<sup>70</sup> Man spricht daher in der Forschung von den «langen 1970er Jahren».<sup>71</sup> Dennoch intervenierte die Sowjetunion in dieser Zeit massiv in Konflikten in Afrika, marschierte 1979 in Afghanistan ein und als 1981 in Polen das Kriegsrecht verhängt wurde, war dies neben dem Streit über den NATO-Doppelbeschluss ein weiterer Stolperstein für echte Entspannungspolitik. Der Beitrag des KSZE-Prozesses zum Ende des Ost-West-Konfliktes ist unbestritten. In seiner Gewichtung wird er dennoch unterschiedlich gesehen. Waren es die zunehmende Reisefreiheit, transnationale Verflechtungen und die Bedeutung der Menschenrechte, die zu einer Erosion des sozialistischen Lagers führten oder die finanzielle Misere aufgrund des (verlorenen) Rüstungswettlaufs, der durch den Amtsantritt des US-Präsidenten Ronald Reagan 1981 in eine neue Phase getreten war? Die traditionelle Lesart legte ein stärkeres Augenmerk auf Reagans Politik der Stärke, die jüngere Forschung betont hingegen die zuvor genannten Faktoren.<sup>72</sup> Eine Sicht, die in Deutschland aufgrund der Art und Weise des Mauerfalls,

der Ausreisebewegungen und der friedlichen Revolution in der DDR größeres Gehör gefunden hat. Dies führte jedoch zu einer teils verengten Interpretation von 1989/90. Gorbatschow erschien gutmütig, fast väterlich, die westliche (Nach-)Rüstungspolitik überflüssig und Reagan als gefährlicher Scharfmacher. Die Deutschen? Maß und Mitte. Friedliche Demonstranten, Entspannungspolitiker par excellence, diplomatisch nach allen Seiten. Dieses recht einseitige Narrativ hatte politische Folgen: «Die Mehrheit der Westdeutschen führte das Ende des Kalten Krieges auf die Ost- und Entspannungspolitik und (...) auf Gorbatschow zurück. Nur eine Minderheit, vor allem innerhalb der CDU, sah das Verdienst bei Reagan und seiner Politik, die die Macht der USA stärkte. In Deutschland wurden Versöhnung und Kompromiss als entscheidender dafür gesehen, dass die Sowjetunion zusammenbrach, als Drohungen und militärische Macht.»<sup>73</sup> Dialog, Kompromissbereitschaft und strategische Geduld, nicht Abschreckung, Eindämmung und militärische Stärke wurden somit die Zauberwörter. Ein weiterer deutscher Schwerpunkt waren die Handelsbeziehungen.

Die Entspannungspolitik der 1970er Jahre begünstigte die wirtschaftliche Verflechtung über die Blockgrenzen hinweg. Wie gezeigt, fing auch im wirtschaftspolitischen Bereich die Neue Ostpolitik nicht bei null an. 1970 unterzeichnete das deutsche Unternehmen Mannesmann den «bis dahin größten Einzelauftrag für Gasrohre» und die Ruhrgas AG schloss erste Verträge in der Sowjetunion.<sup>74</sup> Neben Öl wurde auch das «rote Gas» für den europäischen Markt entdeckt und westliches Know-how fand den Weg in die UdSSR.<sup>75</sup> Die Einnahmen aus den Rohstoffexporten füllten die klammen Kassen des sowjetischen Staates: In den 1980er Jahre avancierte die UdSSR zum größten Erdölexporteur der Welt. Und wieder traten Ängste auf: «Röhren-Rapallo», titelte die *FAZ*.<sup>76</sup> Neben neutralen Staaten waren vor allem die Bundesrepublik, Österreich und Italien involviert, sehr zum Unwillen der USA, die gegen Ende der 1970er Jahre und vor allem nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 einen Boykott wollten.<sup>77</sup> Doch die sozial-liberale Bundesregierung hielt am Erdgas-Röhren-Geschäft fest.<sup>78</sup> Dies führte erneut zu transatlantischen Differenzen: Waren die Deutschen unsichere Kantonisten? Wie groß die Sorgen der Verbündeten zu Beginn der 1980er Jahre noch waren, zeigen mehrere Akten des Auswärtigen Amtes. Im dortigen Planungsstab hielt man fest: «Zentrales Problem der deutsch-amerikanischen Beziehungen ist die deutsche Ostpolitik. Sie wird von vie-



len Amerikanern gesehen als eine eigensüchtige Politik auf Kosten der Gesamtinteressen des Bündnisses. Im Zentrum der Kritik stehen Osthandel und Ostkredite.»<sup>79</sup> In Washington und anderen westlichen Hauptstädten verstärkte sich hierdurch «das historisch bedingte Misstrauen gegenüber uns Deutschen»,<sup>80</sup> hielt die Vorlage für Außenminister Genscher fest. Man müsse dafür sorgen, die «Vereinbarkeit von Ostpolitik und Allianzpolitik wieder zu sichern».<sup>81</sup> Eine Ausnahme? Auch im Zuge der deutsch-britischen Königswinter-Treffen hagelte es Kritik. Der Osthandel und die Kredite hülften der expansiven Politik der Sowjetunion, argumentierten britische Diplomaten und Experten. Laut einem deutschen Teilnehmer zeigte sich eine «Angst vor Rapallo» und die Vorwürfe wurden recht deutlich: «Die Deutschen haben immer geglaubt, dass fette Kommunisten neue Kommunisten sind. Es hat sich aber herausgestellt, dass stetes Füttern hauptsächlich mehr Muskeln erzeugt.»<sup>82</sup> In der Sowjetunion ging es allerdings in den 1980er Jahren langsam auch darum, «neue Kommunisten» zu formen.

Doch zunächst verschärfte sich der Ost-West-Gegensatz. Der «zweite Kalte Krieg» war durch die Nachrüstungsdebatte, Abrüstungsfragen, Atomangst, die Friedensbewegung und die zunehmenden Proteste im sozialistischen Lager gekennzeichnet – trotz Gorbatschows «Perestroika» und «Glasnost».<sup>83</sup> Die SPD suchte in der «zweiten Phase» der Ostpolitik Entspannung, Abrüstung und «Gemeinsame Sicherheit» mit der UdSSR, was erneut die Anerkennung des Status quo, also des Systemgegensatzes, einschloss und mit einer Priorisierung einherging: Stabil mussten demnach die Regierungen sein. Die wachsenden Gewerkschafts- und Protestbewegungen in vielen sozialistischen Staaten, die Oppositionellen und Dissidenten, bargen die Gefahr einer Destabilisierung und die SPD hielt daher Distanz zu ihnen.<sup>84</sup> Als Willy Brandt 1985 nach Polen reiste, traf er nicht mit Lech Wałęsa, dem Kopf der Solidarność, zusammen und erklärte: «Der Frieden braucht ein stabiles Polen.»<sup>85</sup>

Die «zweite Phase» der Ostpolitik verdeutlichte ein bis heute gegenwärtiges Dilemma: Wie trennt man die innenpolitische Entwicklung eines Landes von seinem außenpolitischen Handeln? Welchen Einfluss kann man von außen nehmen und welche Folgen ergaben sich daraus für die bilateralen Beziehungen? Kann eine solche Einmischung das außenpolitische Handeln des innenpolitisch repressiven Staates verändern oder auch radi-

kalisieren? Es handelt sich um Abwägungsentscheidungen, die zwischen Interessen und Werten einen Weg austarieren müssen. Gibt man sich zufrieden, solange die innenpolitischen Probleme eines Landes nicht über die Grenzen schwappen oder das außenpolitische Handeln des Staates nicht so aggressiv wird, dass strategische oder systemische Risiken drohen? Wie lange kann eine passive Haltung gutgehen und was, wenn nicht? Für die SPD waren dies in den 1980er Jahren mehrheitlich theoretische Fragen: denn seit 1982 regierte wieder die CDU mit der FDP. Helmut Kohl blieb bis 1998 Kanzler. Diese Scharnierphase zwischen der Ostpolitik der Bonner Republik und neuer Russlandpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges soll im nächsten Kapitel beleuchtet werden.



## TEIL I: DIE ÄRA KOHL

Auf der Suche nach Stabilität  
in einem Europa vieler Zeitenwenden  
(1989–1998)



## 1. Helmut Kohl und die Sowjetunion

Auf deutschem Boden blieb es in den Wendejahren 1989/90 friedlich. Die Einheit kam erstaunlich schnell. Helmut Kohl und Michail Gorbatschow saßen gut gelaunt in Strickjacken beieinander. Sie regelten auch die schwierigsten Fragen einvernehmlich. Es blieb die Dankbarkeit – gegenüber den Unterstützern der Wiedervereinigung im Westen, aber auch gegenüber der UdSSR und Gorbatschow, der die DDR aus dem sozialistischen Orbit entließ. Doch das Ende des Ost-West-Konfliktes war nicht nur heiter Sonnenschein. Nicht überall in Europa blieb es friedlich, der Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers war vielerorts auch von Gewaltausbrüchen begleitet, die oft in Vergessenheit geraten. Zudem standen viele richtungsweisende Entscheidungen an. Wie sollte eine stabile Nachkriegsordnung aussehen? Was würde mit der schlingernden Sowjetunion passieren? Deutsche Russlandpolitik setzte im eigentlichen Sinne des Wortes erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Dezember 1991 ein: Boris Jelzin und Kohl vertieften die deutsch-russischen Beziehungen. Die Suche nach Stabilität im post-sowjetischen Raum wurde zum Leitmotiv der deutschen Russlandpolitik der 1990er Jahre. Der Abschluss der Wiedervereinigung, die Erweiterung der EU und der NATO nach Osten, womit Deutschland aus der Randlage heraus kam, sowie die Hilfen und die Einbindung Russlands in bestehende Institutionen und die neue Sicherheitsarchitektur in Europa blieben Schlüsselfragen. Ebenso spielten die innere Entwicklung unter Jelzin und der Krieg in Tschetschenien eine entscheidende Rolle für die deutsche Russlandpolitik, die Kohl immer «multilateralisieren» wollte. In vielen Aspekten betrat man Neuland, doch Kohls Erfahrungswerte mit der Sowjetunion waren eine wichtige Voraussetzung für seine Politik gegenüber dem neuen Russland.

Die Ostpolitik Kohls entsprang keiner plötzlichen Laune. Er war mit der deutschen Teilung, der Berliner Luftbrücke, den Stalin-Noten und dem frühen Kalten Krieg aufgewachsen. Die feste Verankerung der Bundesrepublik im Atlantischen Bündnis, die Fortsetzung des europäischen Einigungswer-

kes und der Glaube an die Wiedervereinigung waren seine außenpolitischen Fixpunkte. Kohl stand für die Fortsetzung der Adenauer'schen Westbindung. Doch er war nie das, was man einen «Kalten Krieger» zu nennen pflegte. Der Neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition begegnete er umsichtiger als viele seiner Parteifreunde. Als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz war er im Bundesrat an der Ratifizierung der Ostverträge direkt beteiligt. Er kritisierte einige Aspekte, ohne die Ostpolitik als «teuflisches Blendwerk» zu sehen.<sup>1</sup>

Nach seinem Aufstieg zum Parteivorsitzenden stand er für die Mitte der CDU. Seine erste Reise in die UdSSR im Oktober 1975 sollte ihm als Oppositionsführer und Kanzlerkandidaten mehr außenpolitisches Profil verschaffen, wurde jedoch von Querelen überschattet. Ein Jahr später traf er Leonid Breschnew, den Generalsekretär der KPdSU, bei dessen Deutschlandbesuch. Um Entspannung bemüht, war er doch nicht blind für Realitäten. Kohl kritisierte die Zustände in der Sowjetunion deutlich. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) empfand er als Chance für eine aktive Menschenrechtspolitik. Freiheit war auch in diesem Sinne einer seiner Leitbegriffe. Die aggressive sowjetische Politik in Afrika und die Invasion in Afghanistan im Dezember 1979 verurteilte Kohl scharf.

Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1982 zeigte Kohl sich als «Enkel» Adenauers: Westbindung durch europäische Einigung und Atlantische Allianz. Mit der Durch- und Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses hielt er die Bundesrepublik auf dem Pfad der militärischen und mentalen Abwehrbereitschaft – und die Reihen der Allianz geschlossen. Sein Amtsvorgänger, Helmut Schmidt, war daran gescheitert. Immer wieder hob Kohl die Bedeutung dieses Schrittes hervor, da die Deutschen dadurch berechenbare und verlässliche Bündnispartner blieben und keine Ängste vor außenpolitischen Irrwegen evozierten.<sup>2</sup> Der alte CDU-Slogan «keine Experimente» galt weiterhin – auch und gerade in der Außenpolitik.<sup>3</sup>

Kohl betrieb eine pragmatische Deutschlandpolitik und behielt die Wiedervereinigung fester im Blick als andere. Der Kanzler folgte dabei der Leitlinie, dass eine erfolgreiche Deutschlandpolitik nur mit dem Segen Moskaus möglich war.<sup>4</sup> Die Polenpolitik war hiermit eng verknüpft. Sie sollte nicht an Moskau vorbei geführt werden, sondern flankierendes Element der Deutschland- und Ostpolitik sein.<sup>5</sup> Gegenüber der Sowjetunion folgte Kohl drei Maßgaben, wie der Historiker Hermann Wentker festgestellt hat:<sup>6</sup>

Er führte die vertraglich festgehaltene Annäherung im Zuge der Neuen Ostpolitik fort, unterstützte eine aktive Abrüstungspolitik, aber zeigte «nicht nur Verständigungsbereitschaft mit der Sowjetunion, sondern [verkörperte] auch die westdeutsche Entschlossenheit, gegenüber sowjetischen Pressionen standzuhalten».<sup>7</sup> Dem sowjetischen Drängen, sich von den amerikanischen Raketenabwehrplänen, der sogenannten Strategic Defense Initiative (SDI), und der Nachrüstung zu distanzieren, widerstand er.<sup>8</sup> Kohl zeigte auch Entgegenkommen. Die westlichen Staaten mussten vor dem Hintergrund der Geschichte «Verständnis für die Bedrohungsängste der sowjetischen Politik aufbringen», da «zweimal europäische Armeen vor Moskau gestanden» hatten, womit er auf 1812 und 1941 rekurrierte.<sup>9</sup> War Kohl also ein nachgiebiger «Sowjetunion-Versteher»? Mitnichten. Wandel durch beharrliche Westbindung und Entspannung aus einer Position der Stärke, ließe sich Kohls Mantra zusammenfassen. Denn nur wer Stärke und Festigkeit demonstriert, könne Verhandlungen auf Augenhöhe erzwingen. Dabei sollten die Beziehungen zur UdSSR sich in den Augen Kohls nicht nur auf Rüstungskontrolle und Abrüstung beschränken, sondern in vielen Politikfeldern intensiviert werden.<sup>10</sup> Die Energiepolitik wurde zu einem immer wichtigeren Feld. Kohl führte die Erdgas-Röhren-Geschäfte mit der UdSSR fort. Er war dabei in bester Gesellschaft. Der sowjetische Gasexport nach Westeuropa stieg von 1983 bis 1990 um 120 Prozent an. Fast ein Dutzend Staaten bezog mittlerweile sowjetisches Gas.<sup>11</sup> Die Bundesrepublik war auf ihrer Suche nach billigen Rohstoffen und nach Diversifizierung im Zuge von Krisen im Nahen und Mittleren Osten also nicht allein. Nicht nur deutsche Röhren und anderes Bohrequipment fanden ihren Weg in den sozialistischen Orbit. Besonders Italien und Österreich mischten kräftig mit.<sup>12</sup> In den USA flammte immer wieder Kritik am Osthandel der Europäer auf. Washington warnte vor Abhängigkeiten und sah die Sanktionspolitik durch die eigenen Verbündeten unterlaufen.<sup>13</sup> Doch nach dem Nachrüstungsstreit und der Hochphase des «Zweiten Kalten Krieges» gab es auch positive Signale.

Die Ernennung Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU verfolgte der Kanzler mit großem Interesse.<sup>14</sup> Doch aller Anfang war schwer. Wollte der neue Mann im Kreml innen- und außenpolitisch wirklich neue Wege beschreiten? Kohl beobachtete Gorbatschow mit einer Mischung aus «skeptischer Sympathie»<sup>15</sup> und «starkem Misstrauen».<sup>16</sup> Jener mied eine Vi-



site in der Bundesrepublik wie der Teufel das Weihwasser. Der Kanzler empfand dies als bewusste Demütigung, denn andere westliche Staaten hatte Gorbatschow besucht und war beinahe frenetisch empfangen worden. Eine medial zur Schau getragene Popularität, die Kohl (noch) verwehrt blieb. Die vielen roten Teppiche, die Gorbatschow ausgerollt wurden, und die «Gorbimanie» im Westen nahm der «schwarze Riese» fast als Aufforderung zur Wachsamkeit wahr.<sup>17</sup> Eine Annäherung der Europäischen Gemeinschaft (EG) und des sozialistischen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) missfiel Kohl, da die transatlantische Bindung Schaden nehmen könnte und er hierin den üblichen sowjetischen Versuch zu erkennen meinte, Europäer und die USA zu spalten.<sup>18</sup> Während des Bundestagswahlkampfes 1987 tappte der Kanzler in ein geschichtspolitisches Fettnäpfchen: Er verglich in einem *Newsweek*-Interview Gorbatschow im Hinblick auf dessen PR-Talent mit Joseph Goebbels.<sup>19</sup> Folgt man Hermann Wentker, war dies kein bewusster Affront, sondern sollte den Blick auf die Inhalte von Gorbatschows Politik lenken und nicht nur sein Auftreten bewerten.<sup>20</sup> Im Kreml war man verständlicherweise erzürnt. Man mied Kohl und pflegte lieber Kontakt zu dem in der Wolle gefärbten Entspannungspolitiker Hans-Dietrich Genscher, der weiterhin Bundesaußenminister war.

Im Verlauf des Jahres 1987 fasste Kohl mehr Vertrauen in Gorbatschows Reformwillen und das «Neue Denken» in der sowjetischen Außenpolitik, durch das die Abrüstungsbemühungen vorangetrieben werden konnten.<sup>21</sup> Dies korrelierte mit einer intensivierten (West-)Deutschland-Politik des Kremls.<sup>22</sup> Dennoch pochte Kohl weiter darauf, Gorbatschow «beim Wort zu nehmen», wie auch Genscher es forderte, also Menschenrechte und demokratische Reformen immer wieder anzumahnen.<sup>23</sup> Als Folge dieses Tauwetters flog Kohl im Oktober 1988 nach Moskau. Seit einem kurzen Gespräch 1985 war dies nun das erste offizielle Treffen. Beide legten die atmosphärische Grundlage für den weltpolitischen Parforceritt der kommenden Jahre. Die deutsche Delegation reiste mit großem Tross an: ein Flugzeug mit der gesammelten Hauptstadtresse, ein anderes mit den Münchner Philharmonikern, ein weiteres mit den Wirtschaftskapitänen der Bonner Republik.<sup>24</sup> Und Kohl machte den Kohl. Er erzählte über die eigene Familie, Kriegsschicksale, historische Abgründe und deren Überwindung.<sup>25</sup> Er schuf Vertrauen und – wie mit vielen anderen Staatsmännern – eine persönliche und emotionale Verbindung.<sup>26</sup> Gorbatschow wusste

nur zu gut, wovon sein Gast sprach. Seine Familie hatte die Schrecken des Stalinismus am eigenen Leib erfahren. Der jugendliche Gorbatschow hatte seinen Vater in den «Großen Vaterländischen Krieg» ziehen und deutsche Soldaten seinen nordkaukasischen Heimatort Priwolnoje besetzen sehen.

Tatsächlich hatten die beiden Politiker einiges gemeinsam. Gorbatschow war wie Kohl fern der Hauptstadt aufgestiegen. Beiden hörte man eine Dialektfärbung an, weshalb sie oft als provinziell oder ungebildet abgestempelt wurden. Beide hatten ein Faible für lange, grundsätzliche Unterhaltungen.<sup>27</sup> Beide waren Reformer – mit Startschwierigkeiten. Nicht nur die ersten Regierungsschritte des neuen Kanzlers im Treibhaus Bonn glichen einem Stochern im Nebel, auch Gorbatschow verrannte sich. Innenpolitisch war das Alkoholverbot höchst unpopulär und das «Neue Denken» in der Außenpolitik zündete nur langsam. Das «Gemeinsame Haus Europa», das er oft beschwor, hatte noch keinen Architekten, nicht einmal Hammer und Zementmischer.<sup>28</sup> Zumal man das machtpolitische Kalkül hinter den Plänen nicht vergessen darf: Diesen «lag die Erkenntnis zugrunde, dass ein Atomkrieg vor allem Europa, nicht aber Nordamerika, die totale Vernichtung brächte. Auf diesem Interessengegensatz basierte dann auch Gorbatschows Bauplan für sein «europäisches Haus». Danach sollten die (West-)Europäer – als die potentiellen Opfer eines Atomkriegs – gegen Washington und die nukleare Abschreckungsstrategie der NATO mobilisiert werden, um letztendlich eine Abkopplung Westeuropas von den Vereinigten Staaten zu erreichen.»<sup>29</sup> Gorbatschows Pläne zielten somit auf keine «europäische Integration auf Russisch», sondern auf eine Spaltung der transatlantischen Allianz.<sup>30</sup> Ein Faktum, das in der deutschen Gorbatschow-Nostalgie oft untergeht, wenn nur die wohlklingende Formel zitiert wird.

An Herausforderungen mangelte es Gorbatschow 1988/89 keineswegs: Die Wirtschaft der UdSSR befand sich im freien Fall. Alltägliche Waren blieben unerschwinglich oder unauffindbar. Die Nationalitätenfrage drohte zum Sargnagel des Vielvölkerreichs Sowjetunion zu werden.<sup>31</sup> Die Russen bildeten mit 150 Millionen Personen die größte Volksgruppe, hiernach folgten jedoch rund 50 Millionen Ukrainer, die damit 20 Prozent der sowjetischen Gesamtbevölkerung stellten.<sup>32</sup> Gorbatschow musste seit 1986 mit Konflikten in Kasachstan und Bergkarabach sowie der Frage der Krimtataren und des Baltikums umgehen. Er hatte zwar stets eine gewaltsame Lösung zu vermeiden gesucht, doch die Schwere des Problems unterschätzt

und schlicht dem Reformstillstand des sowjetischen Systems zugeschrieben.<sup>33</sup> Im Februar 1989 erklärten die baltischen Sowjetrepubliken ihre eigenen Sprachen neben Russisch zu offiziellen Amtssprachen. Die Letten, Litauer und Esten träumten von der Unabhängigkeit: Zum 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes bildeten über zwei Millionen Personen eine Menschenkette zwischen Vilnius, Riga und Tallinn.<sup>34</sup> Im Kaukasus führte der Völkerfrühling zu einem Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. In Georgien drohte eine umfassende Revolte gegen Moskau. Und nicht nur in der Sowjetunion kamen durch Glasnost und Perestroika die Dinge in Bewegung. Die Menschen in den mittel- und osteuropäischen Staaten begannen sich ihrer sozialistischen Regime zu entledigen und schlugen einen Reformkurs ein.<sup>35</sup> Gorbatschow schien vor dem Hintergrund der eigenen Probleme, den anderen Warschauer Pakt-Staaten keine prioritäre Aufmerksamkeit zu schenken.<sup>36</sup>

Kohl äußerte zu Jahresbeginn 1989 immer größere Zweifel, ob Gorbatschow die Mammutaufgabe(n) bewältigen oder daran scheitern werde. Drohte er gar das Steuer umzureißen und den Reformkurs zu verlassen?<sup>37</sup> Man wollte den Kremlchef unterstützen, aber während seines Deutschland-Besuches im Juni 1989 sollten keine Bilder entstehen, «die man als Verbrüderung empfinden konnte».<sup>38</sup> Der Kanzler telefonierte nach dem Treffen sofort mit den westlichen Verbündeten, um ja keine Rapallo-Ängste aufkommen zu lassen.<sup>39</sup> Ironischerweise würde Kohl in den kommenden Jahren ein Bild aus diesem Juni immer und immer wieder bemühen: Den Spaziergang mit Gorbatschow am Rhein, bei dem der Kanzler ihm offenbarte, dass der Fluss so sicher zum Meer fließe wie auch die deutsche Einheit eines Tages kommen werde. Gorbatschows Schweigen wertete Kohl als Zustimmung und als sicheren Beleg eines Umdenkens.<sup>40</sup> Vermutlich hat sich diese Szene nie so abgespielt, doch sie diente Kohl als wichtiges Narrativ.<sup>41</sup> Der freundliche Empfang der Deutschen und ihres Kanzlers blieb Gorbatschow in guter Erinnerung: Statt Frankreich empfand er nunmehr die Bundesrepublik in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht als wichtigsten Partner in Europa.<sup>42</sup> Im Sommer 1989 hatte sich somit eine deutliche Verbesserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses eingestellt.

## 2. Die deutsche Einheit und der Zusammenbruch der Sowjetunion (1990/91)

Das zwischen Gorbatschow und Kohl entstandene Vertrauen war in Anbetracht der kommenden weltpolitischen Veränderungen ein hohes Gut. Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war kein Selbstläufer. Überall gab es Fallstricke. Die Reformbestrebungen in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten und die friedliche Bürgerbewegung in der DDR waren wichtige Pfeiler dieses Prozesses, den letztlich Kohl und der amerikanische Präsident George H. W. Bush lenkten.<sup>43</sup> Der Kanzler erkannte schnell, dass er die Einheit nicht *gegen* die Sowjetunion, sondern nur *mit* deren Placet erreichen konnte. Daher legte er «großen Wert darauf, Gorbatschow in seiner bedrängten innenpolitischen Situation zu unterstützen. Denn so sehr ihm die Schwäche der sowjetischen Supermacht auch entgegenkam, so sehr war er darauf angewiesen, dass Gorbatschow an der Macht blieb.»<sup>44</sup> Zugleich wollte Kohl den Fahrplan zur Einheit selbst vorgeben. Am deutlichsten wurde dies in seinem Zehn-Punkte-Plan Ende November 1989, der ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Wiedervereinigung war.<sup>45</sup> Er enthielt viele Punkte, die für die Ostpolitik der 1990er Jahre vorbestimmend waren: Die «Sofortmaßnahmen humanitärer Art» wurden neben der DDR auch für die Sowjetunion bzw. später Russland geleistet, ebenso wie die «umfassende Wirtschaftshilfe» (Punkte 1 und 2). Die bilaterale Zusammenarbeit, der KSZE-Prozess und Abrüstungsziele wurden hervorgehoben (Punkte 3, 8 und 9) und die gesamteuropäische Entwicklung und Sicherheitsarchitektur sollten beachtet werden. Unter Punkt 7 stellte Kohl bereits den EG- und Europarat-Beitritt aller mittel- und osteuropäischen Reformstaaten in Aussicht. Neben die deutsche trat somit immer auch die (gesamt-)europäische Perspektive.

Gorbatschow schäumte nach der Verkündung des Zehn-Punkte-Plans vor Wut.<sup>46</sup> Auch nach dem Mauerfall wollte er die «Büchse der Pandora» verschlossen halten, also keine rasche Wiedervereinigung zulassen, sondern einem reformierten kommunistischen Staat in der DDR zum Erfolg

verhelfen und die Fliehkräfte im sozialistischen Lager begrenzen.<sup>47</sup> Erst im Januar 1990 schwenkte Gorbatschow auf eine konziliantere Linie ein und machte sich damit viele Feinde.<sup>48</sup> Weshalb? Die innenpolitischen Probleme wuchsen in den Himmel. Die sowjetische Seite nahm die von Kohl bereits im Sommer 1989 angebotenen Nahrungsmittellieferungen nunmehr dankbar an. Der Kanzler bemühte sich sofort und band die Europäische Gemeinschaft ein.<sup>49</sup> Intern akzeptierte Gorbatschow im Januar 1990 die Unausweichlichkeit der Wiedervereinigung, wenngleich er weiterhin die NATO-Mitgliedschaft eines «Gesamtdeutschlands» verhindern wollte.<sup>50</sup> Letzterer Punkt blieb ein Stein des Anstoßes, obwohl weitere Zusagen für Lebensmittelhilfen geleistet wurden und Gorbatschow immer offener die deutsche Einheit unterstützte.<sup>51</sup> Die Hilfsangebote Kohls offenbarten, dass ihm nicht verborgen blieb, wie widrig die inneren Verhältnisse in der Sowjetunion waren. Denn während in Bonn unter Hochdruck die Weichen auf Wiedervereinigung gestellt wurden, setzte sich die dynamische Entwicklung andernorts fort: Nicht nur die deutsche Frage stand auf der Tagesordnung der internationalen Politik.

Als die Litauer am Abend des 25. Februar 1990 die Wahllokale verließen, hatten sie Geschichte geschrieben. Die erste freie Wahl in der Sowjetunion führte zum Sieg des betont anti-kommunistischen Vytautas Landsbergis.<sup>52</sup> Am 11. März verabschiedete das litauische Parlament eine Unabhängigkeitserklärung.<sup>53</sup> Der Kreml erklärte diesen Schritt für illegitim und brach eine zweimonatige Wirtschaftsblockade vom Zaun. Die Entwicklung in Litauen drohte die zentrifugalen Fliehkräfte und den Wunsch nach Freiheit auf andere Republiken des Vielvölkerstaates Sowjetunion zu übertragen. Es kam zu Protesten in Tadschikistan, und auch im Kaukasus brodelte es. Wie würde Gorbatschow nun auf diese Herausforderung reagieren, da er seit Frühjahr 1989 die «Breschnew-Doktrin» inoffiziell beerdigt und nunmehr den Warschauer Pakt-Staaten die «Sinatra Doktrin» zugestanden hatte, also in der «my way»-Manier ihren Weg selbstständig zu beschreiten? Bahnte sich doch noch eine «chinesische Lösung» an, also eine brutale Niederschlagung der Demonstranten, und welche Rückwirkungen hätte dies auf den deutschen Einigungsprozess?

In Bonn schrillten die Alarmglocken. Die Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 war erfolgreich über die Bühne gegangen. Die zögerliche Haltung mancher westeuropäischer Verbündeter schwand im Zuge des da-



mit einhergehenden Legitimationszugewinn für Kohl. Doch neben der innenpolitisch heiklen Lage durch die Übersiedler, gegen die die SPD trommelte, lauerten noch viele diplomatische Fallstricke.<sup>54</sup> Wie sollte man die Beziehungen zu Polen auf ein neues Fundament stellen und die letzten Fragen der Oder-Neiße-Problematik klären? Würde das wiedervereinigte Deutschland der NATO angehören? Die Vorbereitungen für die sogenannten Zwei-plus-Vier-Gespräche zum Abschluss eines Staatsvertrages, der der Bundesrepublik die volle Souveränität wiedergeben sollte, liefen auf Hochtouren. Unter dem Eindruck dieser Gemengelage fuhr der Kanzler eine zurückhaltende Baltikumspolitik – wie die anderen europäischen Regierungschefs und die USA auch.

Doch der sowjetische Botschafter, Juli Kwizinskij, sprach Kohl gegenüber dennoch eine unverhohlene Drohung aus. Moskau wünsche keinerlei Einmischung. Der Versuch, «Litauen und die Sowjetunion gegenseitig auszu-manövrieren, berge für die Sowjetunion und für die internationale Situation Gefahren».<sup>55</sup> Moskau sei geduldig, werde aber, «wenn erforderlich, die notwendige Härte aufbringen».<sup>56</sup> Kohl beschwichtigte. Er hoffe, dass «sich die Lage wieder entspannen werde und Rückschläge in der Sowjetunion verhindert werden könnten».<sup>57</sup> Auch Präsident Bush sähe dies so. War Kohl das deutsche Hemd näher als der baltische Rockzipfel?<sup>58</sup> Zweifellos. Das Schicksal Litauens besaß für den Kanzler im Frühjahr 1990 im Vergleich zur deutschen Einheit geringere Priorität. Wieso sollte es auch anders sein? Doch genoss das litauische Streben nach Freiheit seine Sympathie oder gar Unterstützung?

Nur drei Tage nach diesem Gespräch traf Kohl den französischen Staatspräsidenten in Paris. Umgeben vom Prunk des Élysée-Palastes stimmten sie bei einem Frühstück ihr Vorgehen ab. François Mitterrand wehrte sich gegen öffentliche Forderungen einer Anerkennung. Litauen sei nun einmal Teil der Sowjetunion und somit eine innere Angelegenheit.<sup>59</sup> Kohl stimmte zu. «Er habe die Anweisung gegeben, die Vorgänge in Litauen herunterzuspielen. Das Problem Gorbatschows sei es, dass Litauen zu einer Kettenreaktion führen könne. Falls die Ukraine hiervon ergriffen würde, wäre dies lebensgefährlich.»<sup>60</sup> Kohl und Mitterrand schlossen einen Militärputsch nicht aus, der fatal für die Abrüstungsgespräche und die deutsche Einheit sein könnte. Der Bundeskanzler äußerte unmissverständlich, man müsse an Gorbatschow festhalten. «Denn wer käme nach? Wenn man diese sow-

jetischen Vorstellungen nicht berücksichtige, wäre dies auch nicht gut für die künftigen deutsch-sowjetischen Beziehungen», erklärte der Kanzler, denn «die Westgrenze der Sowjetunion werde eine unruhige Grenze sein.»<sup>61</sup>

In einem Brief an Landsbergis forderten Kohl und Mitterrand ihn auf, das Problem durch Verhandlungen zu lösen. Bis dahin sollten die gefassten Beschlüsse ausgesetzt werden.<sup>62</sup> Obwohl sie zugleich das Selbstbestimmungsrecht betonten, auf das Kohl sich im Hinblick auf die Wiedervereinigung immer wieder selbst berufen hatte, wurde der Brief öffentlich scharf kritisiert.<sup>63</sup> Auch im Kreml kam das Schreiben nicht gut an. Man witterte einen deutsch-französischen Vermittlungsversuch, also eine Einmischung in innere Angelegenheiten. Einen Eindruck, den Kohl unmittelbar auszuräumen versuchte.<sup>64</sup>

Dem amerikanischen Außenminister James Baker erklärte er seine Linie. Man müsse den Litauern «sagen, dass sie mit einer Politik des Alles oder Nichts nichts gewinnen und möglicherweise viel verlieren».<sup>65</sup> Aber er brauche nicht lange zu begründen, wo seine Sympathien lägen. Die Situation in Litauen werfe allerdings prinzipiell die Frage auf, wie Gorbatschow sich weiter verhalten werde und welche Folgen daraus zum Beispiel für die sowjetisch-polnischen Grenzen entstünden. «In Breslau habe es keine Demonstrationen für [einen] Anschluss an Deutschland gegeben, wohl aber in Lemberg für [eine] Rückkehr nach Polen.»<sup>66</sup> Wenn sie vernünftig und besonnen vögingen, würden sie «in fünf Jahren ihr Ziel erreicht haben», gab Kohl sich zuversichtlich.<sup>67</sup> Baker pflichtete bei. Man müsse Gorbatschow stabilisieren, zumal die wirtschaftliche Situation sich drastisch verschlechtere. Auch der Kanzler betonte, es bliebe nur, «wirtschaftlich zu helfen – dies sei aber nicht möglich, wenn Litauen unterdrückt werde. Ein Teufelskreis!»<sup>68</sup> Die USA und Frankreich fuhren somit einen ebenso zurückhaltenden Kurs wie die Bundesregierung und hatten bei ihren Entscheidungen nicht nur die deutsche Wiedervereinigung und das Baltikum, sondern die Stabilität des gesamten (post-)sozialistischen Raumes im Blick.

Wenig später kam die litauische Premierministerin Kazimira Prunskiene nach Bonn zu Besuch. Sie bedankte sich für den Kohl-Mitterrand Vorschlag, der in ihren Augen eine De-jure-Unabhängigkeit befürwortete und eine De-facto-Unabhängigkeit in Aussicht stellte. Der Kanzler versicherte sie der großen Sympathie, mit der er die Entwicklungen im Baltikum verfolge, doch er unterstrich auch die Zwickmühle, in der Gorbatschow sich

befand. Litauen drohe «zum Zünder» zu werden. Hiernach «könnten Probleme in der Ukraine und in Zentralasien entstehen, die von ganz anderer Dimension» wären.<sup>69</sup> Der Kanzler plädierte für ein vorsichtiges Vorgehen: «Mit Gorbatschow wissen wir, woran wir sind; was dann kommt, wissen wir nicht.»<sup>70</sup> Prunskiene wies den impliziten Vorwurf eines unbedachten Zündelns zurück. Ihr ginge es um gemeinsame Lösungen. Kohl empfahl, die Gesetze einzufrieren, ohne einen Zeitraum zu nennen, da es nicht wie ein Ultimatum aussehen dürfe. Parallel hierzu solle man einen Dialog anbieten. Der Westen würde ein solches Vorgehen sofort unterstützen.<sup>71</sup> Sein Vorschlag dürfe jedoch nicht nach außen dringen. Öffentlich wollte Kohl nur verlautbaren, dass man auf Entspannung und Dialog setzte, sich in Moskau aber nochmal für eine konstruktive Haltung stark machen.<sup>72</sup> Der Kanzler wollte, trotz der unsicheren Lage in Bezug auf die deutsche Einheit, vermitteln, ohne vermittelnd zu wirken und somit inhaltlich und optisch rücksichtsvoll mit Gorbatschow umgehen, dem das Wasser bis zum Halse stand.

Aus der deutschen Botschaft in Moskau flatterten im Sommer 1990 lauter Hiobsbotschaften in die Bonner Zentrale. Die Stimmung im Lande gleite ab «in Zynismus, Resignation und offene Angst vor Hungersnot und Bürgerkrieg».<sup>73</sup> Im Gegensatz zu Ostmitteleuropa und dem Baltikum trage die sowjetische Bevölkerung (vor allem die russische) die Reformprozesse nicht selbst, sondern sei «passiv-apathisch».<sup>74</sup> Das deutsche Gorbatschow-Bild begann sich im Verlaufe des Jahres 1990 einzutrüben.<sup>75</sup> Durch solche Berichte zusätzlich alarmiert, wollte Kohl die europäischen und die G7-Partner überzeugen, der Sowjetunion wirtschaftlich zu helfen. Gerade in Anbetracht der sich immer deutlicher abzeichnenden enormen Kosten des «Aufbaus Ost» wollte der Kanzler nicht als einziger die Spendierhosen anziehen. Gezielt nutzte er das EG-Gipfeltreffen in Dublin, wo die wegweisenden Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union forciert werden sollten – ein weiteres außenpolitisches Feld, das die deutschen Diplomaten und Entscheidungsträger in diesem Zeitraum intensiv beschäftigte. Der Kanzler begann eine hartnäckige Lobbyarbeit für Wirtschaftshilfen, die sich bis 1998 hinziehen sollte: Helft jetzt, so seine Botschaft, bevor es zu spät ist.

In Washington prophezeite er im Mai hinter verschlossenen Türen, dass Gorbatschow sich halten werde. Man dürfe dessen prekäre Lage «nicht aus-



nützen, sondern müsse vielmehr den Erfolg der Perestroika» fördern.<sup>76</sup> In diesen Aussagen schienen mehrere Schlüsselemente der deutschen Ostpolitik unter Helmut Kohl durch: Das Vertrauen in einzelne Personen, die man für vernünftig hielt, die Angst vor potentiellen Nachfolgern oder einem Putsch; die Notwendigkeit, die Reformprozesse (auch finanziell) zu fördern sowie das oftmals postulierte Ziel, niemanden zu demütigen oder allzu triumphierend zu wirken.

In dieser heiklen Situation flog Kohl im Juli zu Gesprächen nach Moskau, die Gorbatschow im Kaukasus fortsetzen ließ.<sup>77</sup> In Strickjacken wurde die neue Herzlichkeit der deutsch-sowjetischen Beziehungen inszeniert. An seiner ehemaligen Wirkungsstätte im Bezirk Stawropol stimmte Gorbatschow erneut zu, dass das wiedervereinigte Deutschland Mitglied der NATO sein dürfe. Eine Konzession, die sich schon zuvor in Unterredungen mit dem US-Präsidenten abgezeichnet hatte.<sup>78</sup> Es sollte allerdings keine Ausdehnung der Allianz auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stattfinden, solange noch sowjetische Verbände der «Westgruppe der Truppen» (WGT) dort stationiert waren. Und auch nach dem Abzug hätte Gorbatschow es gerne gesehen, wenn keine NATO-Strukturen in der ehemaligen DDR etabliert würden. Dies blieb vage formuliert. Kohl mied das Thema zunächst. Was er versprach, war bei dem Abzug zu helfen und Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten zu bauen. Man einigte sich auf einen Abzug innerhalb von drei bis vier Jahren, wobei Außenminister Genscher festhielt, dass «es nicht wichtig sei, wann der erste Soldat gehe, sondern wann der letzte Soldat gehe».<sup>79</sup> Zugleich äußerte der Kanzler den Wunsch, einen Vertrag zur umfassenden Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen auszuarbeiten.<sup>80</sup> Im Spätsommer 1990 waren somit die größten Hindernisse auf dem Weg zur Einheit aus dem Weg geräumt worden. Doch der Abzug der rund 380 000 sowjetischen Soldaten und 120 000 zivilen Mitarbeiter blieb ein Politikum und eine zentrale Frage der deutschen Ostpolitik in den kommenden Jahren.<sup>81</sup>

In Gorbatschow habe man, so Kohl nach seiner Rückkehr aus dem Kaukasus vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einen verlässlichen Partner und Deutschland müsse «unter klarer Einbindung in den Westen eine Brückenfunktion» einnehmen.<sup>82</sup> Ein neutraler Mittler sollte die Bundesrepublik nicht sein. Umgekehrt wuchs das Vertrauen Gorbatschows in Kohl, der seine wirtschaftlichen Hilfszusagen einhielt, respektvoll mit ihm umging

und im Westen für die Position des Kremls warb.<sup>83</sup> Dieses gegenseitige Vertrauen war umso wichtiger, da eine weitere internationale Krise ausbrach, die ihren Schatten auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen warf.

Am 2. August 1990 marschierte der irakische Machthaber Saddam Hussein in Kuwait ein. Die internationale Staatengemeinschaft war empört, diplomatische Gegenmaßnahmen liefen auf Hochtouren. Der Kanzler sorgte sich aus innen- und außenpolitischen Gründen vor einer Eskalation: Die Bundestagswahlen standen an. Die Einheit war noch nicht besiegelt. Wie würde der Kreml reagieren? Gorbatschow stellte sich zögernd auf die Seite des Westens, was dort erfreut aufgenommen wurde, denn man wollte die Sowjetunion als Partner im internationalen Krisenmanagement gewinnen.<sup>84</sup> Das «Neue Denken» Gorbatschows gewann an Glaubwürdigkeit. Kohl erklärte gegenüber Mitterrand, die USA würden jetzt endlich erkennen, dass man der UdSSR finanziell unter die Arme greifen müsse, wenn man eine konstruktive Zusammenarbeit wolle.<sup>85</sup> Kohl und Mitterrand stimmten überein: Gorbatschow müsse unterstützt werden, jegliche Diskussion über andere Lösungen sei «absurd».<sup>86</sup> Im Quai d'Orsay waren führende französische Diplomaten anderer Meinung. Der wirtschaftliche Zerfall der UdSSR sei unaufhaltbar: Man könne kein totes Pferd reiten, gab man deutschen Gesprächspartnern zu bedenken.<sup>87</sup> Doch Mitterrand empfand Gorbatschow als verlässlich und hilfreich, zumal die Sowjetunion auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gute Dienste geleistet habe.<sup>88</sup> Es herrschte Tauwetterstimmung. Dies zeigte sich an der Unterzeichnung der Charta von Paris am 21. November 1990, die eine neue Ära der Kooperation, Achtung der Menschenrechte, Schutz der Demokratie und Abrüstung einläuten sollte. Also doch ein «Neues Denken»?

Auch das Ende der deutschen Teilung wurde besiegelt. Am 12. September 1990 wurde in Moskau der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet, nachdem Gorbatschow Kohl weitere finanzielle Zusagen für die Stationierungskosten der WGT und deren Abzug abgerungen hatte.<sup>89</sup> Im Vertrag war fest verankert, dass die sowjetischen Truppen bis Ende 1994 die Bundesrepublik verlassen würden. Doch der Oberste Sowjet musste noch sein Plazet geben. Im November reiste Gorbatschow nach Bonn. Anlass war die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages am 9. November 1990 – ein umfassender Kooperationsvertrag, wie Kohl ihn sich gewünscht hatte, auch um damit Gorbatschow zu stützen.<sup>90</sup> Der Kanzler nutzte den Vertrag, um dem

Kreml die Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages schmackhaft zu machen und die Beziehungen zur Sowjetunion auf ein breites Fundament zu stellen. Die Annäherung und Aussöhnung mit Frankreich dienten ihm als Vorbild. Denn nicht nur politische Kontakte wurden forciert: Die Bevölkerung beider Länder sollte, etwa durch einen verstärkten Jugendaustausch, eingebunden werden.

Die Gespräche im Kanzleramt dauerten mehrere Stunden. Gorbatschow machte aus seinem Herzen keine Mördergrube. Die Lage sei ernst, aber er versuche, die UdSSR durch einen neuen, föderaleren Unionsvertrag zu stabilisieren und die separatistischen Strömungen einzufangen.<sup>91</sup> Kohl betonte, es sei «notwendig, die auseinanderstrebenden Nationalitäten unter einem Dach zusammenzufügen».<sup>92</sup> Er knüpfte seine Unterstützung an zwei Bedingungen. Gorbatschow müsse ihn besser informieren und klare Ergebnisse vorweisen, denn «niemand sei bereit, in ein Fass ohne Boden Geld zu investieren».<sup>93</sup> Man müsse langfristig denken und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Kohl sprach immer häufiger davon, dass die Sowjetunion «der wichtigste Nachbar im Osten» sei.<sup>94</sup> Eine Formulierung, die jahrelang zum Repertoire des Kanzlers gehören sollte. Der Begriff *Nachbar* ist weniger streng geographisch, sondern aus einer gesamt(mittel)europäischen und späteren EU-Perspektive heraus zu sehen. Gorbatschow stimmte einer engeren Partnerschaft zu und wollte dies auch öffentlich mehr zur Schau stellen.<sup>95</sup> Die Chemie stimmte.

Es setzte eine Personalisierung der Beziehungen ein, wie Hermann Wenter treffend skizziert hat: «In dem Maße wie sich das Bild Gorbatschows aufhellte, verdunkelte sich aber das der Sowjetunion. Gorbatschow wurde für Kohl zum Stabilitätsanker, der unbedingt an der Macht bleiben musste, wengleich die deutschen Möglichkeiten, dies zu gewährleisten, äußerst begrenzt waren.»<sup>96</sup> Denn trotz aller Hilfe verschlechterte sich die Lage in der Sowjetunion zusehends. Kohls außenpolitischer Berater Horst Teltschik läutete die Alarmglocken. Das Reformtempo nehme ab. Die reformfeindlichen Kreise, das Militär und der KGB sammelten ihre Bataillone und pflanzten still und heimlich die Bajonette auf.<sup>97</sup> Der neue Unionsvertrag enthielt in Teltschiks Augen nur Lippenbekenntnisse zum Selbstbestimmungsrecht. Die Balten, Georgier und Armenier gingen auf die Barrikaden. Teltschik warnte den Kanzler vor einer «instabilen Entwicklung»,<sup>98</sup> die durch den Rücktritt von Außenminister Eduard Schewardnadse, der in sei-

ner georgischen Heimat zu einer wichtigen politischen Figur avancierte, noch ungewisser wurde.<sup>99</sup>

Immerhin hellte der Ausgang der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 die Stimmung am Rhein auf. Kohl ging gestärkt aus dem Urnengang hervor, wenngleich es kein Triumph war. Vor der Fraktion schwor Kohl seine Mannen auf die kommenden vier Jahre ein. Die Wiedervereinigung, die Probleme in den neuen Bundesländern und die «totale Umbruchsituation» in Europa stelle die künftige Regierung vor große Herausforderungen. Die Erwartungen in Moskau an die Bundesrepublik nähmen fast täglich zu.<sup>100</sup> Auch aus Südosteuropa mehrten sich die Rufe nach deutscher Hilfe. Damit war ein weiteres wiederkehrendes Narrativ gesetzt, das Kohl schier endlos wiederholte: Die gewachsenen und in seinen Augen oftmals unerfüllbaren Erwartungen, die an die wiedervereinigte Bundesrepublik gerichtet wurden; sowohl von den westlichen Partnern als auch von den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa (MOE) und der Sowjetunion. Dies deutet darauf hin, dass Kohl sich der Grenzen des deutschen Gestaltungspotentials durchaus bewusst war. Zumal er sich immer wieder darüber beschwerte, wie wenig sich die anderen westlichen Staaten engagierten und wie wenig sich die Deutschen für außenpolitische Fragen interessierten.<sup>101</sup> Wenn überhaupt, schienen die weltweiten Umbrüche in der deutschen Bevölkerung Kriegsängste auszulösen.<sup>102</sup>

Wofür die Bundesbürger sich interessierten, war der Zustrom hunderttausender Übersiedler aus der DDR sowie jüdischer Auswanderer und der sogenannten (Spät-)Aussiedler, also Personen mit deutschen Wurzeln aus MOE-Staaten und der Sowjetunion. Ein zweites Kernthema der bilateralen Beziehungen zur UdSSR und später Russland nahm somit schnell Kontur an: die «Russlanddeutschen». Ursprünglich hatte Kohl die Zuwanderung der Aussiedler unterstützt, doch er erkannte die enormen Herausforderungen. Viele waren schlecht ausgebildet, ihre Deutschkenntnisse oft rudimentär, und der verfügbare Wohnraum war knapp. Es drohten soziale Spannungen und politischer Flurschaden.<sup>103</sup> Schon vor dem Mauerfall und der Erosion des sozialistischen Blocks ruderte der Kanzler zurück und erklärte in Gesprächen mit sowjetischen Vertretern, die Russlanddeutschen sollten «in ihrer Heimat bleiben. (...) Er sei dafür, dass diese Menschen die Möglichkeit hätten, zu Besuchen in die Bundesrepublik zu kommen, aber sie sollten dann auch wieder zurückkehren. Er wolle keine Völkerwande-

rung.»<sup>104</sup> Aber der Zuzug ebte nicht ab: Zwischen 1991 und 2006 kamen 2,5 Millionen Menschen aus Staaten der früheren Sowjetunion nach Deutschland.<sup>105</sup> Kohl setzte sich daher intensiv für allerlei Pläne und Perspektiven für die Aussiedler *in* der Sowjetunion bzw. Russland ein. Er musste die Ängste vor unkontrollierter Zuwanderung und Krieg ernst nehmen, zumal seine politischen Gegner diese Fragen aufgriffen und damit erfolgreich auf Wählerfang gingen. Bei beiden Punkten standen zudem große Verfassungsänderungen bevor: Das Asylrecht und mögliche Auslandseinsätze der Bundeswehr blieben politische und juristische Dauerthemen, die auch die Koalition mit der FDP strapazierten. Wie akut die Frage nach der neuen außenpolitischen Rolle Deutschlands wurde, zeigte sich zu Jahresbeginn.

Als Kohl am 17. Januar 1991 im Bundestag erneut zum Kanzler gewählt wurde, war die US-geführte Luftoffensive gegen Saddam Hussein nur wenige Stunden alt. Der Kanzler stand einer militärischen Lösung bis zuletzt «extrem skeptisch» gegenüber.<sup>106</sup> Damit war er nicht allein. Über 200 000 Menschen gingen in Deutschland unter dem Slogan «Kein Blut für Öl» auf die Straße. Die Hoffnungen auf ein Zeitalter des Friedens hatten sich als Illusion erwiesen. Vielmehr stellte sich die Frage, welche Aufgaben der Bundesrepublik an der Seite der einzig verbliebenen Supermacht, den USA, zufallen würden.<sup>107</sup> Hans-Peter Schwarz konstatierte sehr harsch eine «Massenpsychose und überängstliches Regierungshandeln»,<sup>108</sup> da der Kanzler sich hinter dem Verbot von Auslandseinsätzen im Grundgesetz (Art. 26) verschanzt hätte. Die Regierungskoalition stellte eine Verfassungsänderung in Aussicht und schloss bis dahin mit Verweis auf die unklare Rechtslage eine Beteiligung an der Golfkoalition aus.<sup>109</sup> Doch Kohl korrigierte den Kurs und nahm einen Koalitionskrach mit der sehr zurückhaltenden FDP in Kauf. Zu isoliert schien ihm seine Position, zu stark dröhnte die Kritik über den Atlantik, also leistete die Bundesregierung der Türkei und Israel, unter großem Protest der SPD, begrenzte Beistandshilfe gegen etwaige Gefahren.<sup>110</sup> Letztlich steuerte die Bundesrepublik 18 Milliarden DM für die Kosten der Operationen gegen den Irak bei. Dadurch geriet der Haushalt noch stärker in Schieflage, der ohnehin unter dem Gewicht des «Aufbaus Ost» litt.

Der Golfkrieg war ein weiteres Ereignis, das den Kanzler noch viel grundsätzlicher auf den Gang der Dinge blicken ließ. Zwischen 1990 und 1994 entwickelte er «geradezu eine Explosion von Gestaltungswillen, auch von



Gestaltungskraft»,<sup>111</sup> war als Doyen unter den Staats- und Regierungschefs geschätzt und als Gesprächspartner gesucht. Kohl stand im Zenit seiner Macht. Entscheidungen wurden meist im Fraktionsvorstand oder im Koalitionsausschuss im kleinen Kreis gefällt.<sup>112</sup> Mit dem liberalen Außenminister Hans-Dietrich Genscher kam es immer wieder zu Raufereien. Dem Auswärtigen Amt und vielen Diplomaten begegnete Kohl skeptisch. Bürokraten waren für ihn oftmals Sandkörner im Getriebe der politischen Entscheidungsfindung. Das Regierungshandeln konzentrierte sich noch stärker auf den Kanzler, als Genscher im Februar 1992 nach 17 Dienstjahren seinen Hut nahm. Die Zeit schien reif, wie ausländische Beobachter bemerkten. Genscher agiere ideenlos, schiele primär auf innenpolitische Wirkung, und die Amerikaner misstrauten ihm «mehr denn je», hielt der Schweizer Botschafter in einer Charakterskizze fest. Deutschland verfolge «keine überzeugende Außenpolitik. (...) Im guten Sinne machtbewusste und realistische Zukunftsvorstellungen und entsprechende Strategien wären vonnöten.»<sup>113</sup> Genschers Nachfolger war eine Notlösung. Nach öffentlichen Machtkämpfen fiel die Wahl auf Klaus Kinkel, der ohne starken Rückhalt in der Partei in seiner Gestaltungskraft als Minister beschränkt war. Die deutsche Botschaft in Moskau blieb ein wichtiger Horchposten und der Leiter der Abteilung 2 im Auswärtigen Amt, Politischer Direktor genannt, eine entscheidende Figur hinter dem Außenminister. Gemäß der Tradition der deutschen «Kanzlerdemokratie» wurden allerdings viele außenpolitische Fragen im Bundeskanzleramt entschieden.

Teltschik leitete seit 1982 die außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitische Abteilung 2 im Kanzleramt. Doch bereits 1991 schied er aus. Ihm folgte kurzzeitig Peter Hartmann, bevor Joachim Bitterlich von 1993 bis 1998 zum entscheidenden außenpolitischen Berater Kohls avancierte. Im Gegensatz zu Teltschik waren Hartmann und Bitterlich beide Karrierediplomaten. Bitterlich galt als äußerst fähig und selbstbewusst, wurde in der Presse gar «heimlicher Außenminister» genannt.<sup>114</sup> Als Absolvent der französischen Kadenschmiede ENA hatte er einen besonderen Draht nach Paris, verlor aber deutsche Interessen nicht aus den Augen.<sup>115</sup> Die starke Stellung Bitterlichs gründete sich auf sein enges Verhältnis zu Kohl. Er hatte das Ohr des Chefs und eine kleine, aber schlagkräftige Mannschaft um sich.<sup>116</sup>

Kohl wählte sich auf einer historischen Mission und verwies in vielen Gesprächen und Reden immer wieder auf die Entwicklungslinien Europas

im 20. Jahrhundert. Der fatalen ersten Hälfte sei zumindest für einige Länder die Freiheit nach 1945 gefolgt und nun könne man die Ungerechtigkeiten und Irrwege seit 1989/90 endgültig überwinden.<sup>117</sup> Unentwegt verwies Kohl auf die historische Leistung des US-Präsidenten Harry Truman, der nicht den Verlockungen des Isolationismus verfallen sei, wie die USA nach dem Ersten Weltkrieg, sondern aus Feinden Freunde gemacht und die jungen Demokratien unterstützt habe. Dies schien Kohl im Hinblick auf die MOE-Staaten und die UdSSR nun seine eigene Aufgabe zu sein, wie er in einem Gespräch mit dem zypriotischen Staatspräsidenten betonte: «Hilfsnotwendigkeit für das besiegte Deutschland damals und für die SU-Nachfolgerepubliken heute; psychologische Langzeitwirkungen!»<sup>118</sup> Er forderte immer wieder einen Marshall-Plan für die MOE-Staaten und die Sowjetunion (bzw. Russland)<sup>119</sup> – und auch für den Nahen Osten.<sup>120</sup> Sein Referenzrahmen war die Entwicklung der Bundesrepublik und Westeuropas nach 1945. Doch war die Ausgangslage vergleichbar? Herrschten in der Sowjetunion nicht ganz andere Voraussetzungen? War Kohl zu sehr in den «Mantel der Geschichte» eingehüllt? Das Jahr 1991 hielt auf jeden Fall viel Historisches bereit.

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)